

Mild.

# Der Deutsche Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 13

Duisburg, den 26. März 1932

33. Jahrgang

## Deutsche Ostern - Hindenburgs Sieg

**W**enn aus den kalten Winternächten und dem jagenden Sturm der Schneewolken die ersten Strahlen der Frühlingssonne hervorbrechen, geht ein Aufatmen durch die Natur. Es ist wie eine sauchzende Erhebung eines Glanzes über Erstarres, Totes. — Wie symbolhaft liegt in dieser Zeit Ostern, der Gedenktag der Auferstehung Christi. An der Scheidegrenze von Menschheitswegen und Menschheitsideen liegt jener Auferstehungstag. Er formte Altes in Tiefen um und schuf Neues. Räumlich das Wesentliche für die Menschheit, den Glauben und die Liebe.

Jedes Volk erlebt in seiner Geschichte Tage der Auferstehung, des Aufrichtens, des Sammelns, des Denkens. Völker gibt es, welche den Tagen ihrer Niederlagen Denkmäler setzen, um aus dem Sturz den Willen nach aufwärts um so stärker anzustacheln. Das kleine Dänenvolk hat es mit dem Jahre 1864 so gemacht. Und Ungarn hat sein Erinnerungsdenkmal an den schmachvollen „Vertrag“ von Trianon.

Wir Deutsche könnten dann ja eigentlich manche Denkmäler errichten. Ob wir aber auch davon lernen würden! Aber an einen Mann und eine Zeit sollten wir denken: an jene Junitage 1525 im Bauernlager vor Würzburg, als Florian Geyer vor den zwieträchtigen Bauernhäufen einen Kreis zeichnete, seinen Dolch nahm und ihn in den Kreis stieß mit den Worten: „Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz!“

Diesen Stoß gegen die deutsche Zwietracht vollführte der ehrwürdige Reichspräsident von Hindenburg. Sein Ruf erging an alle, welche am Neuen formen wollen, aber unter Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Sein Ruf ist in stärkstem Maße aufgefangen worden bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März, bei der Hindenburg 49,6% aller abgegebenen Stimmen erhielt und auf 160 000 Stimmen an die absolute Majorität heran kam.

Gegenüber der Zusammenballung von Not, Elend, Arbeitslosigkeit und der sich daraus ergebenden Steigerung des Radikalismus, gegenüber der Flut von Lüge und Verleumdung, mit welcher auch gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg „gekämpft“ wurde, ist dieser Wahlausgang als außerordentlich zu bewerten.

Der Wahltag zeigte die Konzentration des staatsbürgerlichen Denkens und der staatsbürgerlichen Verantwortung gegenüber Schlagwort und verstiegenem Idealismus. Und gegenüber erbärmlicher politischer Geschäftemacherei, für die man das Wort „Zugenbergismus“ geprägt hat. Welche Schmuggelware doch nicht unter dem Transport „Deutsche Treue“ läuft!

So berechtigt die Freude über den großen Vorsprung Hindenburgs vor dem nächsten Kandidaten ist, so bleibt doch als tragisches Ergebnis bestehen, daß gegenwärtig der Radikalismus von links und rechts 50% im deutschen Volke ausmacht. Das ist zwar eine große Zahl, aber leider nur

eine negative. Oder glaubt vielleicht die rechtsradikale Presse, daß die Kommunisten, die „Sorbe“, die Mörder, die Atheisten, die Tschelisten, ein würdiger Bundesgenosse in ihren Reihen sei. Manchmal sollte man es nach ihrem Gebaren annehmen.

Zelten der Aufwühlung, der Erschütterungen und Neubildungen tragen immer einen Radikalismus an die Oberfläche. Dynamik der Geschichte. Man kann den Radikalismus auch mal als Schmieröl gebrauchen. Aber der vernünftige Teil muß die Bremse selbst in der Hand behalten. Sonst gibt es leicht Katastrophen.



### Ostern

Saatengrün, Veilchenduft,  
Lerchenwirbel, Amselschlag,  
Sonnenregen, lichte Luft!  
Wenn ich solche Worte singe,  
Braucht es dann noch großer Dinge  
Dich zu preisen, Ostertag!

Bedeutende Teile des deutschen Bürger- und Bauertums sowie der Unternehmer haben sich unter die Fittiche des Nationalismus geflüchtet. Nicht, weil sie ihn verstehen oder sein Programm gelesen hätten. Man soll keine solche großen Anforderungen stellen, sondern deshalb, weil in dem großen Umschichtungsprozeß im Volke diese Schichten ratlos dem Geschehen gegenüberstehen.

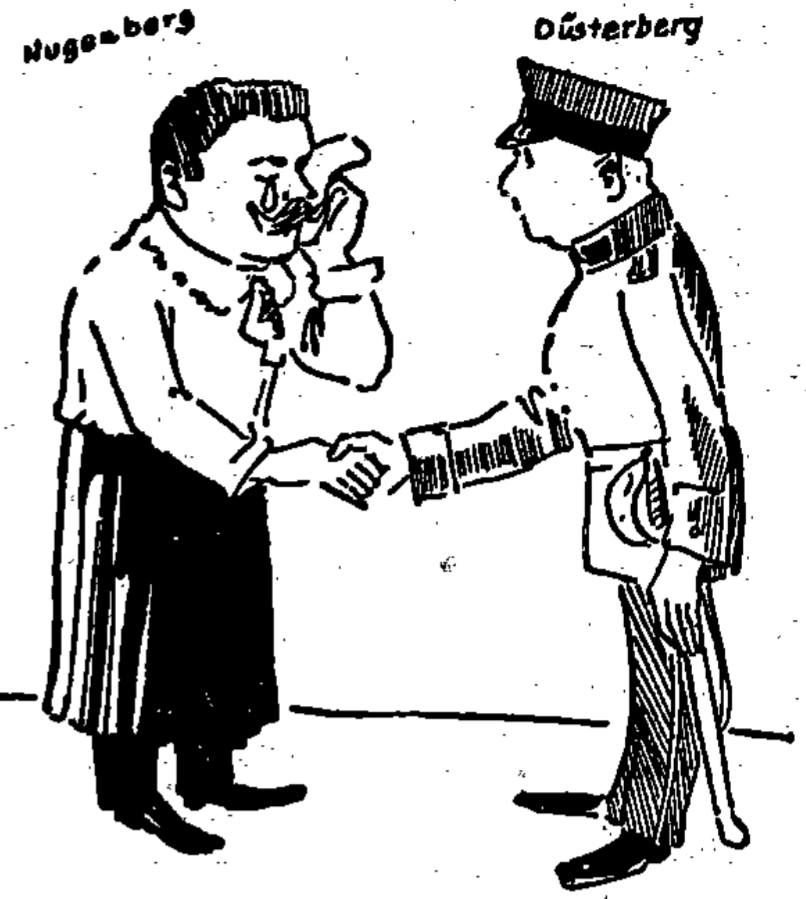
Aber auch diese Gruppen müssen dem Radikalismus entrissen werden. In einigen Strichen wollen wir die Lage zeichnen.

### Kleinbürgertum und Radikalismus

Die Umschichtungen im Wirtschaftsleben haben den Typ des Spezialisten, des Detailisten immer stärker herausgestellt. Aus dem Entdecker-Unternehmer wurde der Börsenmagnat, dem der Generaldirektor als „Ausführungssubjekt“ an die Seite trat. Die Verbeamtung in Wirtschaft und Staat dehnt sich immer weiter aus. Im Mittelstand zeigen sich tiefgehende Wandlungen. In der Vorkriegszeit stolzer Schlossermeister, Schmied, Bäcker, Metzger, kleiner Unternehmer, stand er in der gesellschaftlichen Schichtung durchweg über dem mittleren Beamten. Heute steht beherrschend im Mittelstand die Bürokratie des staatlichen oder kommunalen Beamtenapparates oder der wirtschaftlichen Großunternehmungen. Der Bauer, in der Vorkriegszeit eine stolze und geachtete Schicht, ist heute im Zeitalter nur selten rentabler Landwirtschaft an das Ende gesetzt. Ein paar Zahlen der gewerblichen Zählungen mögen die Umschichtungen dartun.

	1882	1895	1907	1925
Selbständige	28,4%	25,5%	20,4%	17,3%
Beamte und Angestellte	6,4%	10,0%	12,5%	16,5%

Also ein Abfluten aus den freien Berufen zur Beamten- und Angestelltenschaft. Aber diese Schichten schützen sich vor „Ueberflutungen“ durch das Aufstoßen der „Bildungspatente“. Trotzdem oder gerade deshalb Ueberfülle an den Hochschulen. Viele Eltern haben vielleicht für den Jungen das Letzte geopfert. Sein Studium ist beendet. Keine Aussicht auf Anstellung. Schuld? Das System! Daher Radikalismus. Daraus ist auch der Kampf gegen die sogenannten Parteibuchbeamten zu verstehen. Nicht etwa als politischer Reinigungsprozeß, sondern als Kampf um eine Brotstelle, welche ein anderer innehat — und dazu vielleicht noch einer aus den unteren Schichten. Diese „Stimmung“ wird aber von den Drahtziehern flug dazu benützt, um den Kampf gegen soziale Einrichtungen, die in gar keinem Zusammenhang mit Stellenbesetzung stehen, überhaupt zu führen



„Ade, mein kleiner Gardeoffizier, ade...“  
(Wafonfilmlied)

Solche Strukturwandlungen vollziehen sich in der Geschichte immer unter großen Schmerzen. Aber sie liegen nicht offen vor aller Augen. Daher klammert man sich an Nebensächlichkeiten und erblickt in der Niederringung von Warenhaus, Konsumverein und Judentum das Heil der Welt. Ueberhaupt der Jude! Abgesehen davon, daß manche Juden-Mark als treffliche Spende für die Kassen des Radikalismus, auch des Rechtsradikalismus, angenommen wird, ist ein Beachtenswertes in diesem Volke, aus dem wir lernen sollten. Ist uns schon einmal aufgefallen, daß alle europäischen Völker in der Vergangenheit denken, wenn sie sich eine große Zeit vorstellen wollen? Etwa Mittelalter oder Epoche von Kaiser Wilhelm I. Aber der Jude denkt in der Geschichte seines Volkes stets in der Zukunft. Etwa: „Das Zepter Judas wird herrschen... Israel wird zahlreich sein“ usw. Aus solchem Denken fließt eine ungeheure Kraft. Aber da die gegenwärtige deutsche Generation zum Teil sogar die letzte Tradition in Hindenburg beschimpft und noch weniger an die Zukunft denkt — es sei denn an eigene Regierungsratsstellen —, hat sie Angst und verfällt in lächerlichen Rassenkampf. Auch das deutsche Volk sollte mehr an die eigene Zukunft denken, dann würde manches unterbleiben. An diesen einprägsamen Schlagworten: Warenhaus, Konsumverein, Parteibuchbeamter haßt der Nationalsozialismus ein. Unter der Hypnose eines kommenden neuen Reiches klettern dann die Wünsche hoch, die bald eine feste Gestalt annehmen. So war in vielen bürgerlichen Schichten der Glaube verbreitet, am 14. März würde den Konkursen

Einhalt geboten, Schulden würden bis in ferne Zukunft hinausgeschoben, Vergleiche sehr zart für den Schuldner angelegt, alle Großbetriebe, Großbanken, Warenhäuser und Konsumvereine würden zerschlagen, um Platz für den selbständigen Mittelstand zu machen. Daß alles aber, was sich im wirtschaftlichen Leben vollzieht, auf inneren wirtschaftlichen Zwangsläufigkeiten, jedoch nicht auf Schuld eines politischen „Systems“ beruht, leuchtete vielen gar nicht ein.

Wiewohl wir der Ansicht sind, daß auch noch andere Faktoren (nationale Momente, gegen Versailles usw.) zu dem Radikalismus kleinbürgerlicher Gruppen führten; ausschlaggebend ist die Strukturänderung in den bürgerlichen Schichten selbst mit den sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Folgen.

### Großbürgertum und Reaktion

Das Kleinbürgertum ist der Stimmzettelträger oder — mit dem beliebten radikalen Ausdruck — das „Stimmvieh“; das Großbürgertum aber ist der eigentliche Leiter der nationalistisch-radikalen Seite und vor allem ihr Finanzier. Handelt das Kleinbürgertum aus nicht erkannten Ursachen der Not, so daß Großbürgertum aus antisozialen Instinkten. Lächerlich wäre es, anzunehmen, als ob bei diesen in kapitalistischem Internationalismus





denkenden Menschen etwa der nationale Gedanke Triebfeder ihres Handelns sei. Das wollen uns auch wohl weder Herr Frh Thyssen noch Herr von Stauß, der Gewaltige der Dedi-Bank, weismachen. Nein! Warum führende Menschen des Großbürgertums, der Großindustrie und Hochfinanz hinter den Kulissen die nationalistischen Drähte ziehen, hat seinen Grund in dem asozialen Wollen dieser Kreise. Sie können es nicht verwinden, daß auch die Arbeiterschaft etwas bedeutet, daß Gewerkschaften der Schutz der Arbeiterschaft gegen kapitalistische Ausbeutung sind, daß der Staat bei dem leider fast notorischen Unvermögen von Wirtschaftsführern selbst in die Wirtschaft packen mußte, um größeres Chaos zu verhüten. Haben wir in einem Jahr an den Krachs der Danatbank, Dresdner Bank, Lahusen, Schultheiß-Dahenhofer, Savag usw. mit dem Rattenschwanz von Unredlichkeiten nicht genug gehabt? Und dann die Wirtschaftsführerweisheit! Im Schultheiß-Dahenhofer-Prozess sagte Herr von Stauß jene hinreißende wirtschaftspolitische Klugheit: „Meine Herren! Damals im November 1930 gab es drei Möglichkeiten. Entweder es wurde besser, oder es blieb wie es war, oder es wurde schlechter!“ Lieber Gott, wodurch hat das deutsche Volk die Gnade solcher leuchtenden Unternehmerweisheit verdient? Ein Vertrauensmann der Gewerkschaften wäre von seinen Kollegen bei einem solchen Ausspruch herzlich ausgelacht worden. Bei einem „Wirtschaftsführer“ wird das andächtig zu Protokoll genommen, und Knechtsseelen verbeugen sich tief ob solcher Einsicht. O Fülle der Gedanken! Man muß doch etwas im Goethejahr tun! Volk der Denker und Dichter! Vom Großbürgertum aus rückt bedenklich die politische und soziale Reaktion vor. Hier wird sie „hoffähig“ gemacht. Wie man im Großbürgertum räuspert, wird dann im Kleinbürgertum gespuckt. Im Großbürgertum aller Länder sehen die den sozialen Anstieg der unteren Schichten sowohl als auch den Weltfrieden und das Weltvertrauen hemmenden Kräfte.

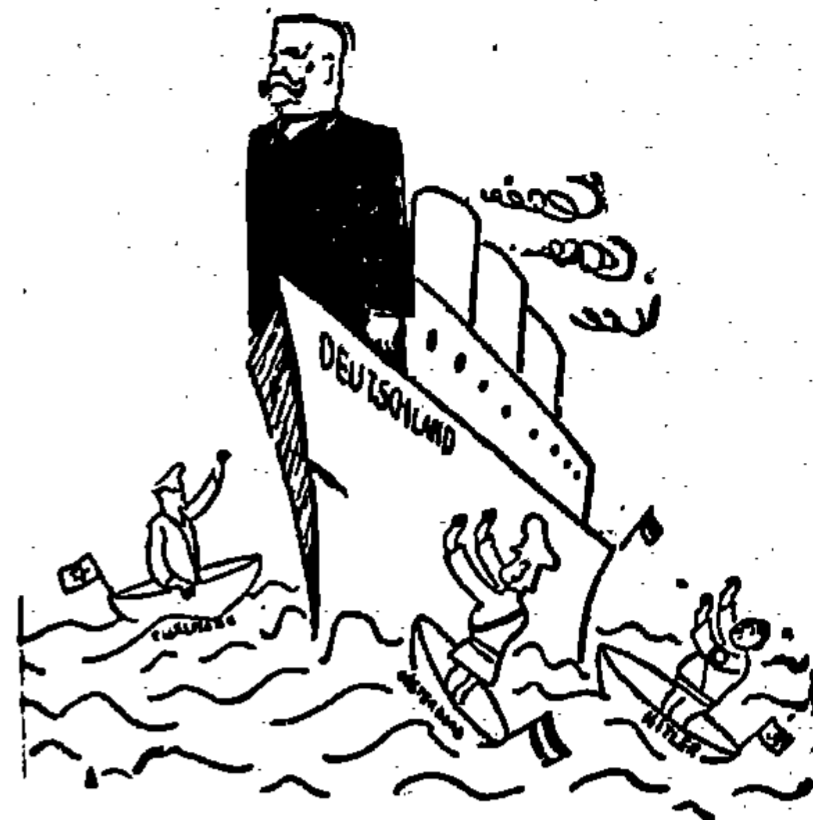
### Bauernnot und schwarze Fahnen

Bauernnot ist heute sprichwörtlich. Ob das nur eine Erscheinung der Krise ist oder ob nicht eine große Schuld im Bauerntum selbst liegt, braucht hier nicht untersucht zu werden. Tatsache ist, daß seit 1924 die Schuldenlast der Landwirtschaft auf 14 Milliarden Reichsmark gestiegen ist. Zwar betrug die Schuldenlast 1913 rund 19 Milliarden Mark. Aber die Zinsenlast war damals 770 Millionen Mark, heute aber 1100 Millionen Reichsmark bei zurückgegangenen landwirtschaftlichen Werten. Immer noch liegt eine große Differenz zwischen dem Preis für landwirtschaftliche Produkte und dem Preis für Produkte, welche der Bauer kaufen muß. Die Fleischpreise (Lebendgewicht) liegen tief, die Steuern hoch. Die Pacht kann kaum herausgewirtschaftet werden. Daß sich dabei so etwas wie eine Bauernkriegsstimmung entwickelt, — wen sollte das wundern? Schon tragen Bauern die schwarzen Fahnen vor die Landratsämter. Es ist immer gefährlich für ein Land und für ein Volk, wenn der Bauer sich zur Revolution aufmacht. Sie wirkt bei Menschen langsamen Blutes nachhaltiger und tiefer als sonstwo.

Die Landwirtschaft befindet sich erst in der Umstellung zur Veredelungswirtschaft. Aber sie hinkte hinter der durch die Umstellung in der Industrie bedingten anderen Lebensweise her. Daher die große Einfuhr an Eiern, Butter, Käse, Frühgemüse. Die Regierung sucht durch Zollmaßnahmen und Osthilfe der Landwirtschaft zu helfen. Geholfen wurde dabei ostelbischer großagrarischer Unfähigkeit: den tüchtigen kleinen und mittleren Bauern hat man bei seiner Veredelungswirtschaft oft getroffen. Es wird von wesentlicher Bedeutung für den Aufstieg Deutschlands sein, das Bauerntum aus der radikalisierten Sphäre zurückzuführen in die Kreise gesunden staatsbürgerlichen Denkens. Man darf jedoch nicht vergessen, daß vor allem das Bauerntum in West- und Süddeutschland trotz der Not dokumentierte, daß seine Stimme nur für Hindenburg als den Mann der Ordnung in Betracht kam.

### Die gewerkschaftliche Arbeiterschaft, der ruhende Pol

Inmitten aller Wirbel und Radikalismen steht die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft. Man hat sie einmal



Der getreue  
Kapitän

treffend „das Bauerntum der Städte“ genannt. Und in der Tat! Die gewerkschaftliche Arbeiterschaft hat den kühlen und klaren Kopf, den guten konservativen Geist, die Anhänglichkeit an den Betrieb; sie besitzt gegenüber dem Wellenschlag der intellektualisierten Großstadt ein ausgesprochenes Gemeinschaftsgefühl das sich in der starken Verankerung in den gewerkschaftlichen Organisationen zeigt. Sie läßt sich selbst in Not und Arbeitslosigkeit viel weniger von Phantomen verführen als irgendeine andere Schicht, weil sie mit beiden Beinen auf dem Boden steht. Sie tritt für Ruhe und Ordnung ein in dem Bewußtsein, daß nur so die Kräfte der Wirtschaft gefördert und das Leben der Nation erhalten bleiben kann.

Aber sie weiß auch sich für ihre Existenzrechte einzusetzen. Und sie tut es mit der ganzen Wucht ihres starken Willens. Wehe, wenn irgendein Putschist es wagen sollte, ihre Rechte anzutasten. Sie würde spielend mit ihm fertig. Sie hat schon einmal 1920 in vier Tagen dem Kapp-Putsch das Genick umgedreht. Ohne Waffe, und doch mit der fürchterlichsten Waffe, die sie besitzt.

Wir sind Gegner jedes Bürgerkrieges und jeglicher Diktatur, ob von links oder rechts. Unsere „Volksfront“, die gerade in der letzten Woche einen weiteren starken Aufschwung genommen hat, soll zu nichts weiter dienen als zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Betrieb und Volk. Nationalistische Kreise drängen darauf, den Kampf in die Betriebe zu verlegen. Das wird bei den von ihnen beliebten Methoden sicherlich zu großen Unruhen in den Betrieben führen. Ob das der Förderung der Produktion und der Qualität der Ware dienlich ist, mag sich der verantwortungsbewusste Unternehmer selbst beantworten. Die christlich organisierte Arbeiterschaft ist jedenfalls nicht gewillt, die Arbeitsstätte zum Tummelplatz scharfer Auseinandersetzungen machen zu lassen. Sie weiß aus mancher Kommunistenattacke, was das bedeutet. Die christliche Arbeiterschaft will Aufstieg der Nation. Der Weg dazu führt aber nicht über Knüppel und Revolver, sondern über Arbeit und Gemeinschaftsdenken. Ohne Verantwortungsgefühl ist Deutschland nicht zu retten.

### Und nun der 10. April

Hindenburgs große Stimmenzahl vom 13. März könnte vielleicht manchen zur Gleichgültigkeit verführen. „Auf meine Stimme kommt es nicht an.“ Nichts wäre falscher als das. Der Radikalismus beider Flanken wird erneut die größten Anstrengungen machen, um Hindenburg zu verdrängen. Wir wollen der politischen und sozialen Reaktion zeigen, daß Deutschland seinen Retter Hindenburg will, den Mann, der in schwerster Zeit die Treue seinem Volke hielt. Die Reaktion, in deren Lager sich leider soviel irreführender jugendlicher Idealismus befindet, muß geschlagen werden. Dann erst ist der Weg zu Deutschlands Freiheit und zu einem Aufstieg offen. Die christlich organisierte Metallarbeiterchaft wird auch am 10. April voll und ganz ihre Pflicht tun. Hindenburg ist die Parole!

# Warum Reichsreform?



Wen die Nationalversammlung in Weimar wußte, daß das mit Mühe und Not geschaffene Kompromiß der Zuständigkeitsregelung zwischen Reich und Ländern keine Ideallösung sein konnte. Die Nationalversammlung bemühte sich zunächst damit, nur einen verfassungsmäßigen Unterbau zu schaffen, um dann in ruhigen Zeiten den Ausbau vorzunehmen. In unserer Zeit der allgemeinen nationalen Not empfindet der Staatsbürger mehr als sonst das allgemein Unbefriedigende des jetzigen Zustandes allenthalben, vor allem in der Vielheit und dem Wirrwarr von Behörden. Diese und noch andere Erfahrungen des täglichen Lebens führen zu dem in der Öffentlichkeit einmütig erhobenen Verlangen, daß durch Schaffung der Uebersichtlichkeit und Einheitlichkeit der Verwaltung das Vertrauen des Bürgers zum Staate erhalten bzw. wiederhergestellt wird. Die Frage nach Reichsreform stellen, heißt sie besagen, denn schon ein Blick in den staatlichen Aufbau Deutschlands gibt Beispiele von ungeahnter Größe, die alle Veranlassung sein sollten, baldigst zum Ziele zu kommen.

Vor 1800 bestand Deutschland aus etwa 300 Staaten, darunter zwölf freie Reichsstädte. 1803 verschwanden davon 112 Staaten in Regensburg auf Befehl Napoleons. Nach 1818 bis 1820 blieben noch 39 Staaten übrig, souverän mit eigenen Zöllen, eigener Münze, eigenem Recht usw. 1871 waren es im Deutschen Reich noch 26 mit gemeinsamer Außenverwaltung und Zollgrenze und gemeinsamem Handelsrecht. 1871, 1879 und 1900 kamen gemeinsames Strafrecht, gemeinsame Justizorganisation und gemeinsames Zivilrecht hinzu.

Heute sind es noch 17 Länder mit gemeinsamer Seeres-, Eisenbahn-, Post-, Finanz-, Seeresverorgungs-, Arbeitsgerichtsverwaltung und Krisenfürsorge sowie in der Hauptsache gemeinsamem Recht, aber getrennter Justizverwaltung, Polizei-, Schul-, Kulturverwaltung und vor allem getrennter Gemeindeaufsicht. Diese 17 Länder sind sehr verschieden nach Historie und Format. Nur mit Mühe kann man sie zur Not in sechs Gruppen ordnen. Von den 62 Millionen Einwohnern Deutschlands entfallen auf

- Gruppe I: Preußen 38 Millionen;
- Gruppe II: Bayern 7,2 und Sachsen 5 Millionen;
- Gruppe III: Württemberg 2,5 und Baden 2,3 Millionen;
- Gruppe IV: Thüringen 1,6, Hessen 1,3 und Hamburg 1,1 Millionen;
- Gruppe V: Mecklenburg-Schwerin 0,7, Oldenburg 0,5, Braunschweig 0,5, Anhalt 0,3 und Bremen 0,3 Millionen;
- Gruppe VI: Lippe 0,160, Lübeck 0,130, Mecklenburg-Strelitz 0,110, Schaumburg-Lippe 0,050 Mill.

Die fünf kleinsten Länder haben gemeinsam eine halbe Million Einwohner, also zusammen soviel, wie eine einzige Großstadt zweiter Ordnung, wie Köln, München oder Dresden. Die zehn mittleren Länder haben zusammen 2,8 Millionen Einwohner; der Regierungsbezirk Düsseldorf hat dagegen allein 3,8 Millionen und die Stadt Berlin 3,9 Millionen Einwohner. Die größte preussische Provinz, die Rheinprovinz, ist fast ebenso groß wie Bayern und größer als Sachsen und jedes andere Land. Größer als Württemberg und alle übrigen Länder sind sogar sechs Provinzen, nämlich Rheinprovinz, Westfalen, Sachsen, Hannover, Niederschlesien und Brandenburg. Zwei Regierungsbezirke, Düsseldorf und Arnberg, sind größer als Württemberg und jedes der anderen Länder, außer Sachsen. Selbst der Zwerg-Regierungsbezirk Stralsund ist größer als jedes der fünf kleinsten Länder.

Hier liegt die Quelle des ständigen Mißtrauens, denn das tragische Nebeneinander von Reich, Ländern und Gemeinden ergibt eine absolute Undurchsichtigkeit der deutschen Gesamtverwaltung. Zersplitterung in verschieden große Länder, Dop-

pelregierung in Berlin für drei Fünftel Deutschlands, dreifaches Nebeneinander in den getrennt verwalteten Behörden und Ländern, das ist das Signum des Deutschen Reichsaufbaues. Der Raum reicht nicht aus, um auf all die vielen Auswirkungen zentralen Charakters einzugehen. Nur zwei möchten erwähnt werden.

Die Rückvergütungen an die Länder verlangen vom Reich immer steigendere Milliardenbeträge auf Grund eines automatisch wirkenden Finanzausgleichs. Sie betragen 1926 etwa 2,9 Milliarden, 1927 rund 3,2 Milliarden, 1928 rund 3,6 Milliarden, 1930 rund 3,5 Milliarden und 1931 veranschlagt 3,1 Milliarden Reichsmark. Maßgebend ist hier der § 35 des Finanzausgleichsgesetzes. Danach erhalten alle diejenigen Länder besondere Zuschüsse des Reiches, die mehr als 20% hinter dem durchschnittlichen Auskommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer pro Kopf der Bevölkerung zurückbleiben.

Bei den steigenden Lasten der Länder sind diese Summen nicht zuviel. Da aber das Reich selbst sich in einer ungeheuren Krise befindet, wird die Frage immer dringender, ob sich diese ungeheuren Rücküberführungen an die Länder noch rechtfertigen lassen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß es für die Ausgaben der Länder und für das Maß der Ueberweisungen eigentlich keine konkrete Verantwortlichkeit gibt.

Der zweite Punkt ist die Frage der Länderparlamente. Das Recht der Regierungstürzererei durch Mißtrauensvotum kann einen geordneten Staatsbetrieb zur Unmöglichkeit machen. Wie sich das Bild unserer parlamentarischen Regierungsvielheit darsut, zeigt folgende Aufzählung. Es haben:

Preußen . . . . .	38,175	Mill. Einw.,	450	Abg.,	8	Minister
Bayern . . . . .	7,379	"	128	"	5	"
Sachsen . . . . .	4,994	"	96	"	4	"
Württemberg . . . . .	2,580	"	80	"	5	"
Baden . . . . .	2,312	"	88	"	5	"
				(inkl. 2	Staatsräte)	
Thüringen . . . . .	1,607	"	53	Abg.,	3	Minister
Hessen . . . . .	1,347	"	70	"	4	"
Hamburg . . . . .	1,226	"	160	"	2	Senatoren
Mecklenburg-Schwerin . . . . .	0,674	"	51	"	3	Minister
Oldenburg . . . . .	0,545	"	48	"	3	"
Braunschweig . . . . .	0,501	"	40	"	2	"
Anhalt . . . . .	0,351	"	36	"	2	"
Bremen . . . . .	0,338	"	120	"	2	Senatoren
Lippe-Deimold . . . . .	0,163	"	21	"	3	Minister
Lübeck . . . . .	0,127	"	80	"	2	Senatoren
Mecklenburg-Strelitz . . . . .	0,110	"	35	"	1	Minister
Schaumburg-Lippe . . . . .	0,048	"	15	"	1	"

In Summe 1571 Abg., 55 Minister.  
 Dazu tritt das Reich mit 577 " 12 "  
 so daß Deutschland regiert wird von 2148 Abg., 67 Ministern.

Mit dem Wegfall dieser politischen Länder-Landtage könnte man ohne Besorgnis den Reichstag vergrößern, denn es ist besser, mit einem Reichstag größeren Formats, wie Frankreich und England auch ihre Parlamente größer haben, zu regieren, als diese Buntheit von Parlamenten mitzuschleppen. Es darf nicht verschwiegen werden, daß die Kosten für diese Parlamente in der Finanzgebarung einen wesentlichen Posten darstellen.

Mehr aber als das bisher Erwähnte beweist ein Blick auf die Karte von Mitteldeutschland die Notwendigkeit der Reichsreform. „Wir glauben, die deutsche Karrenkappe, ein wirres Gemisch bunter Lappen, tritt uns entgegen, ein Produkt äußerer Kriege und innerer Fehden, eine Ausgeburt mittelalterlicher Ideen, die monströsen Verkörperungen wohlüberlegter Erbteilungen und Verbrüderungsverträge“ so schrieb Freiherr v. Stein-Kochberg 1867 in einem Flugblatt. Für Mitteldeutschland trifft diese Klage auch heute noch zu, denn die Grenzführung dortselbst zeigt, wie die Staatsgebilde ineinander verzahnt sind und damit zur Unerträglichkeit werden.

Betrachtet man die Grenzen der Landkreise der Provinz Sachsen, die sich als die Interessanteste darstellt, dann ragen



In die preußischen Gebiete überall einzelstaatliche Gebietstelle hinein bzw. sind diesen vorgelagert. Von 39 Landkreisen hat der Regierungsbezirk Magdeburg 9, der Regierungsbezirk Merseburg 15 und der Regierungsbezirk Erfurt 8 Landkreise mit nichtpreußischen Grenzen. Es verbleiben also nur 7 Land-

kreise, die rein preußische Grenzen haben, und zwar im Regierungsbezirk Magdeburg 5, in Merseburg 1 und in Erfurt 1 Landkreis. Die Stadtkreise liegen ja meist zentral und umfassen nur ein kleines Gebiet, trotzdem aber sind unter 16 vier die Grenzgebiete sind. (Schluß folgt.)  
Bonomi.

## Unser Verband, Versailles und Tribute

**E**ine gewisse deutsche Zehnpresse hat seit längerem die Meinung im deutschen Volk zu verbreiten gesucht, als seien die Gewerkschaften schuld an der Annahme des Versailler Diktates, am Dawes-Pakt und am Young-Plan. Es erübrigte sich, gegen Subeltrigen vorzugehen, welche aus bewusster Unwahrheit heraus falsche Meldungen verbreiten.

Anders aber wird die Sache, wenn ein ernst zu nehmendes Blatt, wie „Der deutsche Arbeitgeber“, die Zeitschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, in seiner Nummer 2/1932 sich diese schweren Vorwürfe zu eigen macht und sich sogar zu dem Satz versteigt: „Vielfach steht man bei den Gewerkschaften auf dem Standpunkt, uns gehen die Tribute nichts an.“ Ein solcher Vorwurf wirkt um so schwerer, weil er den Gewerkschaften eine unnationale Haltung unterschiebt, trotzdem gerade dem „Deutschen Arbeitgeber“ die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu Versailles und Tributfragen wohl wirklich nicht unbekannt waren.

Unser Christlicher Metallarbeiterverband hat seit der Stunde des Waffenstillstandes nicht aufgehört, Anklage zu erheben gegen das Ungeheure, das gegen Deutschland geschehen war. Es ist keine Tagung unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes vergangen, keine Generalversammlung, keine Bezirkskonferenz, keine Kundgebung, auf denen nicht in irgendeiner Form Protest gegen Versailles und die Tribute erhoben wurde. Die offene Sprache unseres Verbandsorgans hat in der Besatzungszeit zu mehr als einer großen Zensurklücke, Beschlagnahme und Androhung des Verbots Anlaß gegeben.

Nur ein paar Sätze aus den verschiedenen Jahren mögen die selbstverständliche und stets eingehaltene Linie zeigen, welche wir gegenüber Versailles eingenommen haben.

### Verbandsorgan Nr. 22/1919:

„Der „Friedensvertrag“ liegt vor uns. Ein großer Band, 180 Seiten stark. Alle 180 Seiten sind nichts anderes als das raffinierteste, teuflischste Werk, das gemacht wurde, um das deutsche Volk zu erdrosseln, vollständig wehrlos zu machen und zu zertreten. Die Staaten des Altertums verkauften die Einwohner erobertter Städte in die Sklaverei. Genau das gleiche tut die Entente. Wir sollen ihre Heloten, ihre Sklaven sein, die für sie schuften und denen man als Almosen auch mal ein paar Lebensmittel gibt. Ob dabei das deutsche Volk körperlich und geistig zermürbt wird, kümmert diese von Freiheits- und Gerechtigkeitsalbe triefenden Herzen der Entente wenig.“

Wir mögen das „Friedensbuch“ aufschlagen, wo wir wollen, überall gähnt uns der furchtbarste Haß und die Vernichtungsgier der Feinde entgegen.

Um Deutschland ins Mark zu treffen, muß dessen Wirtschaft vernichtet oder wenigstens unter Kuratel gestellt werden, daß ihr nicht nur eine, sondern tausend Fesseln angelegt werden.“

### Verbandsorgan Nr. 27/1919:

„Was die Entente will, ist: uns materiell und moralisch vernichten. England und Amerika fürchteten die Kraft der deutschen Arbeiterarme, den geistigen Hochstand des deutschen Volkes und des Unternehmertums. Dem darf kein Spielraum gegeben werden. Deshalb zwang man uns in das härteste Sklavensjoch, in ein Joch, das die ganze Welt zum Untergang führen muß, wenn alles erfüllt würde.“

Jede Arbeitslosigkeit, die heraufzieht, jede Not, die in Arbeiterfamilien Platz greift, jedes hungernde Arbeiterkind, das scheu über die Straße geht, jedes Auswandererschiff, das aus Hamburg oder Bremen deutsche Männer und Frauen einer ungewissen Zukunft entgegen, in ferne Länder bringt, alles das sind nur kleine Szenen in dem Riesentrauerspiel, das ein Siebziger millionenvoll aufführen soll.

Die Hoffnung auf bessere Tage werden wir auch jetzt hochhalten. Und die Hoffnung wird sich erfüllen. Unter die Unterschriften des Friedensvertrages hat die Schicksalshand auch eine Unterschrift gesetzt, und die heißt: „Vae victoribus“ — Wehe den Siegern!“

Raum zehn Jahre sind verflossen, und das „Vae victoribus“ hat sich fürchterlich an der ganzen Welt in der Weltwirtschaftskrise und Weltarbeitslosigkeit erfüllt.

### Verbandsvorsitzender Wieber auf der Essener Generalversammlung 1920:

„Die Arbeiter der kleinen Siegerstaaten, namentlich Belgiens, müssen genau so Fronarbeit leisten wie die deutschen Arbeiter, solange die sogenannten Sieger nichts anderes zu tun wissen, als Deutschland zu knechten. (Lebhafte Zustimmung der Auslandsvertreter.) Sagen Sie Ihren Staatsmännern, sie möchten etwas anderes tun, als chauvinistische Reden halten. Der Versailler Friedensvertrag bedeutet die Zerkümmern des industriellen Europa.“

### Verbandsorgan Nr. 5/1923 (Ruhreinbruch):

„Den Bewohnern des Ruhrgebiets und vor allem der Arbeiterschaft, stehen Tage härtester Entbehrung bevor. Nicht mit Demonstrationen und Liebern, die versprechen, sondern mit hartem Grimm und verbissener Ruhe werden wir uns wappnen müssen. Denn wir müssen uns durchbeißen, wenn wir als Industriearbeiter nicht mit unserer Industrie untergehen wollen. Nicht im internationalen Gefängnis, in deiner eigenen Brust sind deines Schicksals Sterne. Ein einziger Schrei muß stets aus unserer Seele wie im Blutstrom hervorbrennen: Deutschland muß leben!“

### Verbandsgeneralversammlung Saarbrücken 1928:

„Das Saargebiet steht laut „Friedensvertrag“ unter ganz eigenartigen Verhältnissen. Es gilt nicht, wie das Rheinland, als besetztes Gebiet. Es ist aber abgetrennt vom übrigen Rheinland und Deutschland und untersteht der Verwaltung des Völkerbundes. Die französischen Machthaber gestülpten nach dem Saargebiet, hatten aber scheinbar bei Ausarbeitung des Friedensvertrages nicht sofort die Zustimmung der anderen Mächte erreichen können. So erfind man den Ausweg, vorläufig 15 Jahre lang es vom Völkerbund aber unter Vorherrschaft Frankreichs, verwalten zu lassen. Gewisse Machthaber schienen zu glauben, daß diese Zwischenzeit genüge, um die Saarbevölkerung für Frankreich mürbe zu machen. Die Herren werden sich täuschen. Die Saarbevölkerung im allgemeinen und unsere Metallarbeiter im besonderen stehen trotz aller Räte und Schikanen fest und treu zu ihrem alten angestammten Vaterlande, zum übrigen Volk im Reich, und werden das beweisen am Tage der Abstimmung durch geschlossenes Eintreten für ihr und unser gemeinsames deutsches Vaterland.“

### Verbandsorgan Nr. 25/1929:

„Auch der Young-Plan sieht einem politischen Diktat eher ähnlich als einer Gestaltung nach wirtschaftlichen Möglichkeiten, und die Zeit dürfte

## Dank vom Hause Ostelbien



„Weg mit ihm! Der Alte nützt nichts!“

auch hier zeigen, daß er auf die Dauer ebenso undurchführbar ist, wie der Dawes-Pakt auch. 5 Jahre gebrauchte der Dawes-Pakt, um die Räder der Weltwirtschaft heiß laufen zu lassen. Der Young-Plan wird es wahrscheinlich nicht einmal auf die Hälfte der Jahre bringen. Auch die jetzt festgelegten Jahresleistungen übersteigen die Leistungsfähigkeit Deutschlands. Leider scheint sich das deutsche Volk nicht immer genügend Gedanken darüber zu machen, was der Young-Plan für uns bedeutet."

**Verbandsorgan Nr. 18/1931:**

„Wir sind bei dem Worte wieder angekommen, das 1922 ausgesprochen wurde: Erst Brot und dann Reparationen! Aber wir gehen weiter und sagen: Die Tributleistungen mit ihren Auswirkungen sind der Tod eines jeden weltwirtschaftlichen Anstiegs. Sie müssen revidiert werden. Oder will Westeuropa etwa warten, bis Rußland so stark und Deutschland so schwach geworden ist, daß es dem Ansturm östlicher Ideen nicht mehr zu widerstehen vermag und mit sich noch Westeuropa in den Abgrund des Bolschewismus reißt? Zu glauben, daß Ideen etwa durch Flugzeuge, Phosphengase und Sperrforts erfolgreich abgehalten werden könnten, ist reichlich naiv. Aber die Politiker Westeuropas scheinen das zu glauben.“

Wir haben versucht, uns innerhalb der Enge des Versailles Diktates einzurichten. Wir haben dadurch unter größten Opfern dem europäischen Frieden gedient, ohne daß Europa uns irgendwie dabei unterstützt hat. Aber nun sind wir am Ende unserer Volkskräfte und unserer wirtschaftlichen Möglichkeiten. Wir christlichen Metallarbeiter werden wie stets mitkämpfen, um das Ende der Tributleistungen zu erreichen.“

Das war und ist die Haltung unseres Verbandsorgans und unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes zu Versailles und den Tributen gewesen. Da ist es doch schon reichlich merkwürdig von Arbeitgeberseite, zu behaupten, als hätten die Gewerkschaften so getan, als gingen sie die Tribute nichts an.

Aber wir wollen eine Angelegenheit hier einflechten. Über die wir sonst geschwiegen hätten. Nummer 18/1931 unseres Verbandsorgans, welche wir als Kampfnummer gegen die Tribute herausgegeben hatten, wurde im Reichskabinett im Mai 1931 besprochen, und ein Minister hat darauf hingewiesen, daß eine solche Art die wirksamste sei, um im deutschen Volke noch mehr Aufklärung über die Härte der Tributlasten zu schaffen.

So arbeitete der Christliche Metallarbeiterverband. Es ist notwendig, gerade in dieser aufgeregten Zeit, in der so mancher mit der sogenannten „unnationalen“ Haltung der Gewerkschaften hausieren geht, um Kapital gegen die Gewerkschaften daraus zu schlagen, zu zeigen, wie eindeutig die Linie einer christlichen Gewerkschaftsorganisation in bezug auf Freiheit und Leben der deutschen Nation gewesen ist. ... er.

## Bezirkskonferenz des südwestdeutschen Bezirks in Stuttgart

**D**er südwestdeutsche Verbandsbezirk hielt am 28. Februar 1932 seine Bezirkskonferenz in Stuttgart ab. Zahlreich waren die Vertreter aus den Ortsgruppen und Betrieben aus Württemberg, Baden und der Pfalz erschienen. Es waren vor allem Männer der Arbeit, die im schweren Wirtschaftskampf stehen und auf denen die Nöte der Zeit, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, schwer lasten. Dennoch war es bewundernswert, welcher hoher Geist die Tagung beherrschte. Echtes christliches und nationales Wollen unter schärfster Ablehnung des volksvergiftenden und zerstörenden Radikalismus von links und rechts kam zum Ausdruck.

Der erste Teil der Vertretertagung galt der Berichterstattung der Bezirksleitung und der Aussprache über die allgemeine wirtschaftliche, soziale und gewerkschaftliche Lage sowie den organisierten Arbeiten. Den Geschäftsbericht erstattete Bezirksleiter Kollege Karl Sengler. Die Jahre 1930 und 1931 standen im Zeichen bisher nicht gekannter starker Arbeitslosigkeit. Im Landesarbeitsamtsbezirk Südwestdeutschland betrug die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden Ende Dezember 1931 311 637. Hauptunterstützungsempfänger waren in der Arbeitslosenversicherung 101 586, in der Krisenfürsorge 74 242, zusammen 175 828. Sehr stark ist die Kurzarbeit. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit stellen die stärkste Bedrohung der Lage der Arbeiterschaft dar.

Sehr umfangreich gestaltete sich die Zahl der Tarif- und Lohnbewegungen im Bezirk. Als besonderer gewerkschaftlicher Erfolg ist zu buchen, daß entgegen radikalen Strömungen im Unternehmerlager es gelang, neue Tarife auf der ganzen Linie wiederum abzuschließen.

Die Zahl der Lohn- und Tarifbewegungen betrug in den Jahren:

	1930	1931
Friedliche Bewegungen	58	120
Kampfbewegungen (Streiks, Aussperrungen)	4	2

Die Bewegungen endeten mit:

vollem Erfolg	23	27
teilweisem Erfolg	29	80
ohne Erfolg	9	12

Zu den größeren Bewegungen kommt die Menge der betrieblichen Einzelbewegungen, Vorgehen bei Akkorden, Kürzung von Leistungszulagen, Entlassungen. Bei der großen Verschiedenartigkeit und Spezialisierung der Metallindustrie im Verbandsbezirk mit ihren zahlreichen Industriegruppenverträgen ist die gewerkschaftliche Arbeit hier besonders groß.

Auf dem Gebiet des Lehrlingswesens ist hervorzuheben die Neuregelung der Entschädigungssätze für Lehrlinge im württembergischen Handwerk ab 1. März 1931 durch Festlegung

von Mindestsätzen seitens der vier württembergischen Handwerkskammern. Im badischen Handwerk folgte ab 1. August 1931 eine ähnliche Regelung. An Stelle der Richtlinien vom 10. Juli 1929 über das Lehrlingswesen in der württembergischen Metallindustrie (Entschädigungssätze und Urlaubsgewährung) wurden am 23. Dezember 1931 neue Sätze vereinbart.

Eines sei hier zusammenfassend herausgestellt: Wie wäre es den Arbeitslosen ergangen ohne die starke Hilfe und den Schutz der Gewerkschaften? Wie wäre es weiter den noch in den Betrieben stehenden Arbeitern ergangen, wenn ein Millionenheer nur sehr schlecht oder gar nicht unterstützter Arbeitsloser den Betrieben zur Arbeit um jeden Preis sich angeboten hätte?

An Versuchen zur Zerschlagung der Sozialversicherung, vor allem der Arbeitslosenversicherung sowie des Tarifwesens, hat es wahrlich nicht gefehlt. Bei den Verhandlungen erklärten die Unternehmer vielfach, daß sie am liebsten tariflos werden würden, und wo dann „der Lohn gezahlt würde, den die Betriebe tragen könnten“. Der Grundsatz „Angebot und Nachfrage“ sollte nach den Unternehmerwünschen wieder gegenüber der „Ware Arbeit“ zur Anwendung kommen. Ohne eine starke Gewerkschaft keine Tarifverträge und kein Schlichtungswesen. Daraus erweist sich als erstes Erfordernis die Notwendigkeit der Stärkung unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes.

In Verbindung damit nahm der Berichtersteller eingehend Stellung zum Beitrags- und Unterstützungs-wesen im Ver-bande. In der Beitragsfrage wurde nachgewiesen, daß unsere Verbandsbeiträge nie überhöht waren, sondern, gemessen an den organisierten Erfordernissen der Metallarbeiter und gegenüber der Unternehmer-



In der Stuttgarter Altstadt



organisation in der Metallindustrie zurückgeblieben sind. Unsere Beiträge sind noch die des Jahres 1926. Wir sind in den Jahren 1927—1929 den Lohnerhöhungen mit den Beiträgen nicht gefolgt. Zur Belassung der Beiträge haben wir noch die Altersinvaliden-Unterstützung im Verbandsbereich führt. Man sehe im Vergleich dazu Beiträge und Defizit in der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung. Infolge der starken Arbeitslosigkeit ist der durchschnittliche Beitragswert pro Marke gegenüber 1929 um über 40% gesunken, die Unterstützungsleistungen aber um mehrfache gestiegen. (Siehe Artikel „Unterstützungswesen, Beitragsgestaltung und Verbandsaufgaben“ in Nr. 9/1932.)

Durch den verbandlichen Rechtsschutz konnten den rechtlich suchenden Kollegen und Kolleginnen allein im Verbandsbezirk Südwestdeutschland folgende hohe Gesamtbeträge erstritten und zugeführt werden:

Im Jahre 1930 . . . . . 362 607,08 RM  
 „ „ 1931 . . . . . 504 522,58 „

Die Barerfolge kommen fast an die gesamten Beitragseinnahmen im Bezirk. Da sage noch jemand, die Gewerkschaft habe keinen Wert!

In der Mitgliederbewegung brachte uns im Bezirk das Jahr 1930 noch einen Zuwachs von 898 Mitgliedern. Daß es in erster Linie ankommt auf die Inangriffnahme der Werbearbeit, die Energie bei der Durchführung, Zahl und Werbeeifer der Mitarbeiter, das beweisen die Werbeerfolge in dem wirtschaftlich letzten Drittel des Jahres 1931. Besondere Anerkennung konnte u. a. der Verwaltungsstelle Mannheim gezollt werden, die wiederholt erfolgreiche Werbeaktionen durchgeführt hat. Erfreulich ist, daß die gewerkschaftliche Jugendbewegung verschiedentlich eine Stärkung erfahren hat.

Herzlichen Dank sprach der Berichterstatter allen Mitarbeitern aus, die in schwerster Zeit dem Verband die Treue gehalten haben und das Standesbewußtsein kräftigen.

An den mit großem Beifall aufgenommenen Geschäftsbericht schloß sich eine sehr rege Aussprache der Bezirksvertreter an, die ein Bild gab der Bedrängnisse der Arbeiterschaft, aber auch des Willens zur gewerkschaftlichen Arbeit im Geiste der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung.

Im Vordergrund des zweiten Teils der Bezirkstagung stand ein Vortrag des zweiten Verbandsvorsitzenden Kollegen Karl Schmitz. Was er sagte über Opfer und Stimmung unserer Mitglieder, die politischen Frontbildungen, Links- und Rechtsradikalismus, antisoziale und gewerkschaftsfeindliche Stimmung, über Verständigung und Ausgleich in Wirtschaft und Betrieb, nationale Politik und Sozialpolitik, Arbeiter und Reparationsfrage — das alles fand ein lebhaftes Echo und volle Zustimmung der Bezirkskonferenz.

Die Vertreterversammlung folgte den klaren und sachlichen Ausführungen des Kollegen Karl Schmitz mit gespannter Aufmerksamkeit. Stürmischer Beifall dankte ihm und brachte auch die volle Zustimmung der Versammelten zum Ausdruck.

Zur einstimmigen Annahme gelangten die Entschlüsse: Gegen die Kriegskriegssteuer für Hindenburg; Kraftvolle Werbearbeit zur Interessenvertretung. Ein begeistertes dreifaches Hoch auf unsern Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands und seinen ersten Führer beschloß die vorzüglich verlaufene Tagung, die bei aller Notzeit neue Kraft und Hoffen zeitigte. Möge dieser lebendige Geist weiter wirken, alle Mitglieder erfassen und so zur Tat werden.

Karl Gengler, Stuttgart.

## Mietsenkung für ehemalige Werkswohnungen

**M** Unser Christlicher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Duisburg, hat in nachfolgender Eingabe an die Reichsregierung eine Herabsetzung der Mieten auch für Werkswohnungen, oder von den von den Werken vorgehobenen Baugesellschaften, die nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind, aber keine oder doch keine nennenswerten Mietsenkung durch die Notverordnung erfahren haben, gefordert. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

1. 3. 32.

„An das  
 Reichsarbeitsministerium,  
 3. St. des Herrn Ministers Dr. Stegerwald,  
 Berlin NW 40,  
 Scharnhorststr. 35.

Wir gestatten uns, die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf nachfolgende Mißstände in der Mietpreisgestaltung zu lenken und bitten, nach wohlwollender Prüfung eine Aenderung herbeizuführen zu wollen.

In der 4. Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931, wird in Kapitel II, § 2, der Mietpreis für Gebäude, die nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind, geregelt.

Allgemein sind diese Gebäude noch mit erheblichen Beträgen belastet, so daß die Herabsetzung des Zinsfußes eine wenn auch nicht ausreichende, so doch fühlbare Senkung der Mieten bringt.

Anders liegen die Verhältnisse bei den Wohnungen großer Werke oder von diesen vorgehobenen Baugesellschaften. Diese waren in der Lage, ganze Siedlungen zu bauen und die dafür benötigten Gelder abzuschreiben, so daß heute die Wohnunoen schuldenfrei oder aber mit einer kaum nennenswerten Belastung dastehen und Einnahmequellen der Werke bzw. deren Baugesellschaften sind. In sehr vielen Fällen wurde mit Inflationsgeldern gebaut. Auch die Wohnungen sind schuldenfrei.

Die von der Regierung gewollte Mietsenkung tritt für diese Wohnungsinhaber nicht ein.

Besonders unsozial wirkt sich die Mietgestaltung für solche Arbeiter aus, die wegen Stilllegung oder Einschränkung der Werke arbeitslos werden, oder auf anderen Werken Arbeit finden. Diese Arbeiter zählen dann zu den sogenannten „Werkfremden“. In solchen Fällen erhöhen die Werke sehr häufig den Mietpreis um 100 und mehr Prozent.

Hierfür einige Beispiele:

In Duisburg besteht eine Siedlung von zirka 100 Wohnungen, die von der „Baugesellschaft Duisburg, Heerstraße“ für Belegschaftsmitglieder der „Duisburger Hütte“ (Rheinische Stahlwerke) nach 1918 gebaut wurden. Im Dezember 1925 erfolgte die Stilllegung der Hütte. Mietverträge, die mit Belegschaftsmitgliedern abgeschlossen wurden und einen Mietpreis von beinahe monatlich 29,00 RM einschließlich Wassergeld hatten, wurden für den Arbeitslosen oder anderweitig Beschäftigten auf 63,50 RM erhöht. Außerdem muß das Wassergeld, welches durchschnittlich 2,20 RM pro Monat beträgt, besonders gezahlt werden.

Anderer Mietpreise sind entsprechend geregelt.

Im Januar 1932 wurden die Mieten auf Grund der Notverordnung pro Monat um 25 Pf. ermäßigt.

Obgleich die Siedlung den Namen „Baugesellschaft Duisburg, Heerstraße“ führt, werden die Mieten restlos von den Vereinigten Stahlwerken eingezogen. Die Mitteilungen, daß die Mieten um 25 Pf. pro Monat herabgesetzt wurden, sind ebenfalls von den Vereinigten Stahlwerken unterzeichnet.

Einem anderen, auf der Hütte Vulkan beschäftigt gewesenen Arbeiter wurde die Miete, als er infolge Stilllegung der Hütte arbeitslos wurde, von 31,35 RM auf 36,50 RM monatlich erhöht. Hütte Vulkan gehört auch zu den Vereinigten Stahlwerken.

Den Beweis, daß auch für die von uns bezeichneten Wohnungen eine Mietpreisherabsetzung möglich ist, bringt die Hütte Ruhrort-Meldersich, auch zu den Vereinigten Stahlwerken gehörend. Obschon der Hüttenbetrieb vollständig ruht und nur kleinere Nebenabteilungen des Werkes in Betrieb sind, wurden die Mieten für die durch die Stilllegung des Hüttenwerkes arbeitslos gewordenen Belegschaftsmitglieder seit Oktober 1931 um 20% gesenkt. Ein Mietaufschlag war im Gegensatz zu manchen anderen Werken bei der Stilllegung nicht erfolgt.

Im Interesse dieser durch Arbeitslosigkeit besonders hart

betroffenen Wohnungsinhaber bitten wir eine Regelung treffen zu wollen, die der Gerechtigkeit und dem Willen der Reichsregierung bei Erlaß der 4. Notverordnung entspricht.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Christlicher Metallarbeiterverband,  
Ortsverwaltung Duisburg,  
Sindenburgstraße 4."

Im Interesse der besonders hart betroffenen Mieter ist zu wünschen, daß der Eingabe ein voller Erfolg beschieden ist.

K.

## Zu Goerdeler's Reformplänen der Arbeitslosenversicherung

II.

Goerdeler's Reformvorschläge haben keine gleichmäßige Aufnahme gefunden. Auch wir gehen nicht in allem mit Meystre einig. Vielsach werden die Pläne abgelehnt. Das für und Wider der Reformpläne werden wir auch in den nächsten Nummern besprechen.  
D. Red.



Die andere Seite des Vorschlages, die Endregelung, ist für die Gewerkschaften von größtem Interesse. Ihre kritische Würdigung ist jedoch noch schwerer, da die Konturen der vorgeschlagenen Konstruktion nur sehr lose umrissen sind. Mit der Beseitigung der Reichsanstalt würde zugleich auch die amtliche Vermittlung enden. Dadurch gewinnt dieser Teil des Vorschlages doppelte Bedeutung. Als damals die amtlichen Vermittlungsstellen errichtet wurden, haben die meisten Berufsverbände der Gewerkschaften ihre früher unterhaltenen Arbeitsvermittlungen aufgegeben. Die Hoffnung, daß das lückenlose Netz der Arbeitsämter eine mindestens gleichwertige, hinsichtlich des zwischenörtlichen Ausgleiches jedoch erfolgreichere Vermittlung ermöglichen könnte, hat sich unbestritten nur zum kleinsten Teil erfüllt. Die in letzter Zeit einzelnen Gewerkschaften wiederbewilligten Verbandsarbeitsnachweise sind ein deutlicher Ausdruck der wachsenden Strömung, die sich für weitgehende Wiederaufgliederung der amtlichen Vermittlung auf die Berufsverbandsvermittlung einsetzt. Die völlige Aufgliederung des jetzigen Vermittlungsapparates auf die gewerkschaftlichen Verbände, die aus dem Goerdeler-Vorschlag gefolgert werden muß, läge mithin durchaus in der angedeuteten Entwicklungslinie, die auch von uns bejaht werden muß.

Daß die Versicherung ihren Aufgaben in diesen schweren Krisenjahren nicht voll gewachsen war, daß sie in ständigem Zurückweichen vor der wachsenden Not nur in immer geringerem Umfange den Arbeitern eine Hilfe im Falle der Arbeitslosigkeit bringen konnte, ist wohl in erster Linie durch ihren zu frühen Eintritt in die schweren Krisenjahre veranlaßt. Mithin trägt auch ihr zentralistischer Aufbau, wofür der beste Beweis die Tatsache ist, daß man von Jahr zu Jahr mehr Ausnahmen für berufliche Sonderverhältnisse machen mußte, so für die Bauarbeiter, für die Landarbeiter, für die Seimarbeiter usw. Die Uebergabe der Versicherung an die Berufsgewerkschaften würde diesen Fehler korrigieren und eine elastische Anpassung der Versicherung an die beruflichen Eigenarten und unterschiedlichen Risiken weitestgehend ermöglichen. Wohl ist deshalb diese Wirkung des Vorschlages zu begrüßen. Zugleich aber mit der Erwägung des unterschiedlichen Risikos tritt auch die Schwierigkeit der neuen Konstruktion vor Augen.

Die Verschiedenartigkeit des Risikos der einzelnen Verbände, abhängig von dem erfassten Berufskreis und der räumlichen Ausdehnung, verlangt unbedingt eine Risikoausgleichseinrichtung. Das reibungslose und gute Funktionieren eines gerechten Ausgleiches ist die erste und wesentlichste Voraussetzung für die sachliche Verwirklichung des Goerdeler'schen Planes, und hier endet jede Kritik, denn noch hat der Plan nach dieser Richtung hin keinerlei konkrete Angaben.

Schwierigkeit werden auch die Fragen des Beitragseinzuges, der Beitragsmitbeteiligung der Arbeitgeber, der Beitragsüberwachung usw. mit sich bringen. Von besonderer Bedeutung ist noch folgendes Problem: Gegenwärtig haben wir etwa 16 Millionen Versicherte, aber nur etwa 7,2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Goerdeler's Vorschlag geht wohl dahin, auch die 8,8 Millionen von den Gewerkschaften mitbetreuen zu lassen, die nicht Gewerkschaftsmitglieder sind. Zwar soll kein Organisationszwang ausgeübt werden, für den sich die Gewerkschaften auch bedanken werden. Aber selbst wenn man eine zweite Art von Mitgliedern schafft, entstehen eine ganze Reihe wichtiger organisatorischer Fragen. Wir glauben zunächst nicht, daß diese von Goerdeler gedachte Konstruktion in diesem Teilpunkt durchführbar ist, denn wenn schon die Gewerkschaften nach seinem Vorschlag in der Güte der Leistung miteinander in Konkurrenz treten sollen, so besagt das doch, daß auch die Nichtgewerkschaftsmitglieder von den Vor- oder Nachteilen der gewerkschaftlichen Versicherungseinrichtung miterfaßt werden. Unerträglich wäre auch eine — wenn auch nur geringe — Mitwirkung der Nichtmitglieder in der Selbstverwaltung der Versicherungseinrichtung des Verbandes. Zugleich taucht die Frage auf, ob auch den Selben die Möglichkeit, eine Verbandsversicherung einzurichten, gegeben werden soll? Gegen eine solche Maßnahme müssen wir schon heute unseren Einspruch anmelden. Es wäre unerträglich, einen — wenn auch kleinen — Teil der Arbeiterschaft, selbst in Zeiten der Arbeitslosigkeit, dem Einfluß der Arbeitgeberschaft zu überlassen.

Sicher und unbestritten aber ist, daß die Uebertragung der Versicherung auf die Gewerkschaften eine wesentliche Erweiterung der Macht der Gewerkschaften bedeutet. Doch nicht um diesen Machtzuwachs geht es. Es geht um die zweckmäßigste und beste Unterstützungsform für die Arbeitslosen. Noch ist nicht einwandfrei feststellbar, ob das für das Gegenüberwiegende ist. Es scheint jedoch, daß die Bedenken, die in Vorstehendem kurz umrissen wurden, kaum zu überwinden sind.

F. Meystre, 1

## Die Wirtschaftsentwicklung im zweiten Halbjahr 1931

VI.



Die Preisbewegung zeigte im Laufe des ganzen Jahres eine sinkende Tendenz. Besonders im zweiten Halbjahr verstärkte sich diese in hohem Maße. Der Großhandelsindex ging von 115,2 im Januar 1931 auf 103,7 im Dezember 1931 zurück. Im Januar 1932 wird erstmalig die Friedensparität = 100 erreicht. Besonders stark sind Agrarstoffe

und industrielle Rohstoffe und Halbwaren gefallen. Erstere von 106,7 auf 94,5; letztere von 107,5 auf 96,5. Kolonialwaren sanken von 101,7 auf 90,7.

Wenn wir in die Einzelheiten einsteigen, so ist bei den Agrarstoffen besonders bei Weizen und Vieherzeugnissen ein besonders starker Rückgang festzustellen. Gestiegen sind dagegen pflanzliche Nahrungsmittel und Futtermittel.



Bei Rohstoffen und Halbfabrikaten sind alle Positionen gegenüber dem Jahresanfang gesunken.

Weniger stark sind sowohl Produktionsmittel wie auch Konsumgüter abgesunken. Die Fertigwaren insgesamt sanken von 141,5 auf 130,4, also nur um 11,1 Punkte.

Gegenüber dem Dezemberdurchschnitt sind bei der Gruppe Rohstoffe und Fertigwaren seit Beginn dieses Jahres weitere Rückgänge zu verzeichnen.

	Dez. 1931		Jan. 1932			
	1931	1932	3.	10.	17.	24.
Agrarstoffe	94,5	92,1	92,1	93,6	95,1	95,7
Kolonialwaren	90,7	90,4	90,5	90,9	90,3	90,9
Rohstoffe und Halbwaren	96,5	92,2	91,8	91,5	91,4	91,3
Fertigwaren	130,4	125,2	123,1	122,2	121,9	121,4
Gesamtindex	103,7	100,0	99,3	99,6	100,0	100,1

Dagegen sind Agrarstoffe leicht angestiegen. Bei Kolonialwaren ist eine nur geringfügige Steigerung von 0,2 festzustellen.

Nachfolgend bringen wir die Entwicklung im einzelnen:

**Deutscher Großhandelsindex**

1918 = 100

Jahresdurchschnitt	Agrarstoffe	Kolonialwaren	Ind. Rohstoffe und Halbfabr.	Indust. Fertigwaren	Gesamtindex
1925	133,0	135,8	140,3	156,7	141,6
1926	129,8	131,5	129,7	149,5	134,4
1927	137,8	129,2	131,9	147,3	137,6
1928	134,3	132,8	134,1	153,6	140,0
1929	130,2	125,2	131,9	157,4	137,2
1930	113,1	112,6	120,1	150,1	124,6
1931	103,6	96,1	102,6	136,2	110,9
Januar 1931	106,7	101,7	107,5	141,5	115,2
Februar 1931	105,9	99,6	106,4	139,8	114,0
März 1931	106,7	98,9	106,2	137,7	113,9
April 1931	108,3	96,9	104,9	137,7	113,7
Mai 1931	109,2	95,5	103,4	137,2	113,3
Juni 1931	107,3	95,1	102,9	136,7	112,3
Juli 1931	105,4	96,9	103,1	136,3	111,7
August 1931	103,4	95,8	101,5	135,8	110,2
September 1931	101,1	94,1	100,1	134,6	108,6
Oktober 1931	98,5	94,7	99,4	133,4	107,1
November 1931	98,5	93,7	99,1	132,1	106,6
Dezember 1931	94,5	90,7	96,5	130,4	103,7

Auch der Lebenshaltungsindex ist rückläufig. Auch hier tritt die Rückläufigkeit erst stärker im 2. Halbjahr in die Erscheinung.

Der Gesamtindex gab von Januar bis Dezember um 10 Punkte nach. Der Rückgang beträgt bei Ernährung 13,6, bei Bekleidung

17,3 Punkte. Bei Wohnung Heizung und Beleuchtung und Sonstiger Bedarf = Verkehr ist der Rückgang nur sehr gering. Gegen Ende des Jahres hat die Regierung versucht, stärkere Senkungen zu erreichen. Ganz ohne Erfolg sind diese Bestrebungen nicht geblieben. Doch kann das Ergebnis bis heute noch nicht befriedigen. Wir erwarten bestimmt, daß alles aufgebieten wird, auch weiterhin das Preisniveau herunterzudrücken. Bei aller Anerkennung des bisherigen Erfolges müssen wir doch sagen, daß die bisherige Preisenkung keineswegs gegenüber der Lohn- und Gehaltsenkung einen Ausgleich gebracht hat.

**Der Lebenshaltungsindex**

1918-14 = 100

Jahresdurchschnitt	Ernährung	Bekleidung	Heizung u. Beleuchtg.	Wohnung	Sonstiger Bedarf	Gesamtindex
1924	136,8	178,8	—	58,6	—	127,6
1925	147,8	173,2	—	81,5	—	139,3
1926	144,4	163,6	—	99,9	—	141,2
1927	151,9	158,6	148,8	115,1	183,7	147,6
1928	152,3	170,1	146,4	125,7	187,9	151,7
1929	154,5	171,8	151,1	126,2	191,9	153,8
1930	142,9	163,5	151,9	129,1	192,8	147,3
1931	127,6	188,6	148,1	131,7	184,2	135,9
Jan. 1931	133,5	146,4	150,4	131,8	187,3	140,4
Febr. 1931	131,0	144,7	150,4	131,8	186,7	139,3
März 1931	129,6	142,5	150,3	131,8	185,5	137,7
April 1931	129,2	141,6	149,8	131,6	185,1	137,2
Mai 1931	129,9	140,4	145,8	131,6	184,9	137,3
Juni 1931	130,9	139,9	145,4	131,6	184,4	137,8
Juli 1931	130,4	138,9	146,0	131,6	184,3	137,4
Aug. 1931	126,1	137,5	146,1	131,6	184,0	134,9
Sept. 1931	124,9	135,8	147,4	131,6	183,2	134,0
Ok. 1931	123,4	134,2	148,8	131,6	182,5	133,1
Nov. 1931	123,8	131,9	149,0	131,6	181,5	131,9
Dez. 1931	119,9	129,1	148,8	131,6	180,5	130,4
Jan. 1932	116,1	123,9	140,4	121,5	171,1	124,5
Febr. 1932	118,9	120,2	137,0	121,5	167,3	122,3

Auch hier ist vom Dezember auf den Januar ein größerer Rückgang von 130,4 auf 124,6 und für Februar 1932 auf 122,3 zu verzeichnen.

Durch Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ist eine allgemeine Senkung des Preisniveaus angestrebt worden. Diese Senkungsaktion hat sich auf alle Gebiete zu erstrecken. Gebundene und ungebundene Preise sollen davon betroffen werden. Zur Durchführung dieser Maßnahmen ist eigens ein Preiskommissar ernannt worden. Die Arbeiterschaft steht mit Recht der Preisenkungsaktion kritisch gegenüber. Kritik ist gut und kann fördernd wirken. Schimpfen dagegen ist von Uebel. Notwendig und am besten ist positive Mitarbeit. Sie allein kann den Erfolg steigern, Pelster.

# Verbandsgebiet

## Wieder mal Einheitsgewerkschaft

Allmählich sollte es die sozialistische Metallarbeiterzeitung auch lernen. Aber man wird beim Durchlesen dieses Blattes das Gefühl nicht los, als ob die sozialistische Metallarbeiterzeitung für die großen Bewegungen der Zeit nicht das nötige Verständnis aufbringt, sondern lediglich kurzzeitig die Fragen behandelt, welche aus ihrer sozialistischen Anschauung stammen. So etwas tut nicht gut. Sie sollte doch den 18. Juli 1930, den Tag der Reichstagsauflösung, mit seinen Folgen nicht vergessen, als durch die Haltung der damals von den radikaleren Gewerkschaftsgruppen beeinflussten SPD, der Sturz der Regierung Brüning kam und mit ihm der Anfang des Schlamassels, in dem wir uns heute noch befinden. Ausgerechnet heute wirft die „Metallarbeiterzeitung“ wiederum einen Zankapfel unter die Arbeiterschaft.

Die sozialistische Metallarbeiterzeitung hatte Ende des vorigen Jahres im Zusammenhang mit der sehr miserablen Lage im Hirsch-Dunkerischen Gewerksverein den Plan einer Vereinigung aller Arbeiter in einer gewerkschaftlichen Front ausgeheckt. Der Hirsch-Dunkerische Gewerksverein zeigte hinsinfallende Tendenz und sein Verbandsorgan „Der Regulator“ stellte in Verschleierung einer positiven Antwort einige Fragen nach religiöser und parteipolitischer Neutralität. Der „Arbeitgeber“, das führende Unternehmersonorgan, sprach sich außerordentlich lobend über die Verschmelzungsabsichten aus. Wir vom Christlichen Metallarbeiterverband lehnten nicht zuletzt aus weltanschaulichen Gründen den Einheitsrummel ab. Daraufhin ist es auch im Hirsch-Dunkerischen Lager wieder stiller geworden.

Unsere Stellungnahme hat einen großen Unmut in der sozialistischen Metallarbeiterzeitung, Nr. 11 1932, hervorgerufen. Also packt sie sich mal unsern Verbandsredakteur, dem „es nicht gedämmert zu sein scheint, daß es hier nicht um den „Marxismus“ geht, sondern um die Existenz der deutschen Arbeiterschaft“. Aber etwas resigniert stellt die Metallarbeiterzeitung einige Zeilen weiter fest: „Wir müssen die Tatsache, daß der Schriftleiter der christlichen Metallarbeiter die organisatorische Vereinigung aller Ausgebeuteten schroff ablehnt, feststellen. Das darf aber nicht bedeuten, daß wir uns mit dieser Antwort einfach abfinden.“

Wir dürfen zu dieser etwas einseitigen Zitierung unseres Verbandsredakteurs bemerken, daß es sich nicht nur um eine Meinung des Verbandsredakteurs, sondern um eine prinzipielle Ansicht des ganzen Christlichen Metallarbeiterverbandes handelt. Den christlichen Gewerkschaften aber zu unterstellen — wie es dann weiter die Metallarbeiterzeitung tut —, eine solche Stellungnahme sei wohl bedingt durch das Sinneigen zum Nationalismus, ist mehr als ein starkes Stück.

Es gibt Fragen, deren Behandlung sich nicht verlohnt, weil eine innere Unmöglichkeit zur Lösung vorliegt. Es gibt aber auch eine Taktik, die immer am falschen Ende anpackt die kein Fingerspitzgefühl für größere Zusammenhänge und Notwendigkeiten der Zeit besitzt. Und dazu gehört eine derartige Behandlung solcher Fragen in einer so gewitterstimmigen Zeit wie der heutigen. Es gibt in der Welt wirklich größere und wichtigere Angelegenheiten, als verfehlten Einheitsphantasmen nachzulaufen. Das, meinen wir, sollte endlich auch der „Metallarbeiterzeitung“ aufdämmern. W.

## Unsere Schramberger Kollegenschaft

Die Ortsgruppe Schramberg hielt im Zeichen der ärgsten Wirtschaftskrise, die wir je erlebt haben, ihre Generalversammlung ab. Ein Wort zur Krise in der Uhrenindustrie selbst. In letzter Zeit brachte die Tagespresse folgende Notiz: Der Inlandsmarkt der Uhren liegt brach; unsere Reisenden kommen mit keinen Aufträgen zurück. Die Ausfuhr der Uhren, das Hauptkontingent Englands, ist benachteiligt durch die Senkung des Pfundes. Die neueste Maßnahme ist die Erhöhung des Einfuhrzollens von 10 Prozent des Wertes der Uhren in England. Demzufolge liegt die Großuhrenbranche (Regulator, Haus- und Wanduhren) fast vollständig brach. Es werden zur Zeit in diesen Artikeln nur noch Vorräte aufgebraucht. Was dann? In Taschenuhren- und Wederfabriken ist es noch einigermaßen besser als in der Großuhrenabteilung. In einem Tage können die Bestellungen von 14 Tagen erledigt werden. Es gibt Abteilungen, wo die betreffenden Arbeiter nur einen Tag im Monat arbeiteten bloß noch so viel, daß sie sagen können, ich bin noch im Betriebe, wie lange, weiß ich nicht! In der Abteilung Mechanik mußte abwechselnd je die Hälfte acht Wochen ausgehen.

Daß bei den oben erwähnten Zuständen die Entlösung des Uhrenarbeiters eine geradezu katastrophale Form annimmt, ist außer Zweifel. Zahltagstüten mit Zahlen von 1—4 RM. in der Woche sind keine Seltenheit mehr, sondern viele gehen mit diesen Söhnen nach Hause. Daß dann stumpfe Resignation die Arbeiter erfaßt hat, liegt schon im Charakter des Schwarzwälders. Nur noch voll beschäftigt ist bei uns die Fürsorge der Gemeinde, so daß heute schon die Fürsorge für 600 bis 700 Arbeiterfamilien Mietzins zahlen muß, und in den letzten zwei Monaten ganze Berge von Anträgen gestellt wurden.

Daß auch gerade in solcher Notzeit unser Sekretär, Kollege Meßmer, vollauf beschäftigt war, das zeigte seine Tätigkeit, von welcher er in der Generalversammlung Bericht erstattete. Das Tarifwesen, die allgemeine Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage streifend, ging Kollege Meßmer zur Werbearbeit über. Den verstorbenen Kollegen wurde durch ehrende Nachrufe gedacht; vier Kollegen sind Jubilare und 25 Jahre im Verbandsamt tätig. Es sind dies die Kollegen Hermann Kuhner, Adolf Fehrenbacher, Johannes Rall und Alfons Hug. Unser Rechtschuh erbrachte einen Barerfolg von 10 218.80 RM. 10 000 RM. für die Kollegenschaft gerettet, ist sicher kein Pappenstiel. In Schramberg und Lauterbach wurden Unterrichtskurse abgehalten. Nun kam die materielle Seite des Verbandes an die Reihe und hier konnte mit Zahlen operiert werden, aus denen die Anwesenden sich ein Bild machen konnten, wie verheerend eine solche Krise auch in der Gewerkschaftsliste sich auswirken kann, wie daher alles eingeseht werden muß, um den Verband schlagkräftig zu erhalten. In der Diskussion wurde mit Recht hervorgehoben, daß die Uhrenarbeiterschaft vom Schwarzwald es nicht verstehen kann, daß wir eine Einfuhr an Uhren in Höhe von 12 Millionen Reichsmark haben, wo doch die deutsche Uhrenindustrie es mit jeder anderen Uhrenindustrie glatt ausnimmt. Aber auch hier kann nur durch jahrelange Aufklärungsarbeit, zuerst in unseren Reihen, dann in der ganzen Öffentlichkeit, Remedium geschaffen werden und gerade hier mangelt sehr viel in unserem Vaterlande. Wieviel Not dadurch gelindert werden könnte, das kann nur der Familienvater des Schwarzwälders kund tun.

Die Wahlen gingen in voller Einigkeit vor sich und so konnte dann nach Punkt Verschiedenes nochmal unser Kollege Meßmer das Wort erhalten zu seinem Lichtbildvortrag über die vielumstrittene Abrüstungsfrage.

Wir sahen hier die umliegenden Staaten bis zu den Zähnen bewaffnet gegenüber dem abgerüsteten Deutschland. Würden diese ungeheuren Rüftungsausgaben der Wirtschaft zufließen, dann hätten wir nicht nur Frieden auf Erden, sondern auch Arbeit und Brot. Beide Teile sind uns und der ganzen Welt not. Wir können mit Stolz auf die Generalversammlung zurückblicken, denn sie hat uns gezeigt, das Geistige des Arbeiters, das Materielle der Familie, das Soziale der gesamten Arbeiterchaft. Die heutige Not ist ein gemeinsamer Faktor der gesamten Volkswirtschaft. Mit dem Danke an alle Anwesenden schloß unser Vorsitzender die Versammlung mit der Mahnung, alle Kräfte einzusetzen für unseren Verband und dem Aufstieg unseres deutschen Vaterlandes.

Thomas Hug.

## Wir helfen Den Arbeitslosen (Hamborn)

Die Verwaltungsstelle Hamborn hat durchgreifende Maßnahmen zur Betreuung ihrer Arbeitslosen getroffen. Dieselben liegen naturgemäß auf beruflichem Gebiet. So wird sehr schon Vorarbeit geleistet, die Wiedereinschaltung der arbeitslosen Facharbeiter in den Produktionsprozess zu ermöglichen. Unsere Fachkurse werden von stellungslosen Ingenieuren geführt, und unsere Arbeitslosen sind die Schüler. So wird versucht, die Arbeitslosenkrise praktisch und auch sozial zu überwinden. Der Andrang zu den Kursen ist außerordentlich stark, so daß zum Teil Parallelkurse eingerichtet werden mußten. Klempner und Elektriker besuchen ihre Fachkurse. Spezialisten aus allen Branchen zeigen für den Kursus über den Verbrennungsmotor starkes Interesse. Hier werden sie in die Geheimnisse der Explosivkräfte im Motor, des Vergasers, des Differenzials, der Steuerung u. w. eingeweiht und mehren ihr Wissen aus dem großen Schatz der Physik und lassen sich durch die vorgeführten Experimente von der Richtigkeit der Naturgesetze überzeugen. Demnächst folgen die Kurse für Dreher, Fräser und Maschinenarbeiter. Die Kenntnisse über die Berechnung der Wechselräder beim Gewindefschneiden werden aufgefrischt. Den Drehern insbesondere soll der Kursus „Die Vorkalkulation“ Rüstzeug geben in ihren Bestrebungen, gerechte Forderungen zu vereinbaren. Bau- und Kunstschlosser sollen mit den Meisterleistungen ihres Faches vertraut gemacht werden. Im Interesse ihres Berufes wäre zu wünschen, daß die Mode der „neuen Sachlichkeit“ bald verschwinden möge und Platz macht für eine neue Richtung. Wir denken da an jenes Zeitalter, welches dem Schaffenden die Möglichkeit gab, seinem Werk auch eine persönliche Note zu geben, und an jene Richtung handwerklicher Kunst, wie sie in dem prachtvollen Torflügel des Würzburger Residenzschlosses ihren starken Ausdruck findet.

So versuchen wir, ganz im Sinne unserer Verbandsjahrgänge und unseres Sozialprogramms alles zu tun, um der Schwierigkeiten und Nöten der Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Die Kurse werden im geräumigen Konferenzsaal unseres Verbandshauses in Hamborn, Feldstraße 13, abgehalten.

## Karlsruhe vorwärts

Unsere Generalversammlung war sehr gut besucht. Kollege Sekretär Saupel gab den Geschäfts- und Kassenbericht der Verwaltungsstelle, während der Vorsitzende Kollege Haist den Geschäftsbericht der Ortsverwaltung gab, welcher wertvoll ergänzt wurde durch den Bericht des Kollegen Klöpfer über die geleistete Arbeit der Jugendgruppe. Nach den beifällig aufgenommenen Berichten nahm der Bezirksleiter Kollege



Theodor Mügge

XIII.

Jäcklein bedachte sich, dann rief er: „Das mag gut sein, denn Götter ist scheel angesehen von jeinesgleichen und von den Stadträten dazu. Es traut ihm keiner, und wenn ich die Wahrheit sagen soll, möchte ich ihm auch nicht zu sehr vertrauen. Denn ein Ritter bleibt ein Ritter, und wenn er auch an der Heerstraße Grafen und Kaufleute niederwirft und dem armen Mann einen Fehden von seinem Raube zusteckt, wird er doch immer ein Bauer werden.“

„Es soll auch jeder bleiben, was er ist“, antwortete der Kanzler, „doch was helfen kann, muß helfen, um zur christlichen Brüderchaft zu gelangen. Lobe ihn darum als einen Mann der für des Volkes Sache ein Herz hat, auch seinen eisernen Arm dafür ausheben wird, sobald die Fahnen wehen. — Hier hast du ein neues Blatt, das verbreite, es gibt treffliche Nahrung.“

Er zog ein Päckchen aus seinem Rock; ehe Jäcklein aber danach greifen konnte, zog er es zurück und fuhr fort: „Hier ist noch etwas, Jakob, aber du mußt es streng bewahren, nur wenigen vertrauen, sicheren Männern darfst du davon mitteilen. Es sind die zwölf Punkte, welche die Beschwerden des Volkes enthalten.“

Er setzte sich an den Tisch und las ihm leise die zwölf berühmten Artikel vor, welche Jäcklein, aufmerksam lauschend mit solcher Freude hörte, daß ihm die Augen funkelten und sein Gesicht von Lust und

Sohn glänzte. Nur der letzte Punkt gefiel ihm nicht, aber er sagte nichts dagegen.

„Ich will's verbreiten“, versicherte er, „wie ein Blitz soll's durch alle Gemeinden fahren. Die Schrift selbst soll niemand sehen. Das ist ein Licht, Herr Sipler, das wird leuchten bis in die Schläfer hinauf und wird eine Flamme werden, die den ganzen Himmel rot macht.“

Der Kanzler mahnte ihn nochmals zur Klugheit, aber Jäcklein lachte leichtsinnig und rief: „Was hilft es alles, die Arm- und Beinshenen müssen doch bald aus dem Schrank hervor und die Bauernspieße neue Spitzen bekommen. Seid ohne Sorge, es wird alles geschehen.“

„So kann ich dich verlassen“, sagte Wendel und stand auf. Indem er aber zum Fenster hinabsah, erblickte er auf dem Wege, dicht bei dem Hause schon, mehrere Reiter, die den Hügel heraufgekommen waren.

„Meiner Seele!“ rief Jäcklein zugleich, „da habt Ihr den Helsenstein und seinen Troß. Er kommt zur rechten Zeit, um mit uns zu Rate zu sitzen.“

Lachend stellte er sich hinter die Scheiben und betrachtete den Zug, gewiß aber hatte er das nicht erwartet, was sich gleich darauf ereignete. Graf Helsenstein hielt sein Pferd an und faßte ihn scharf ins Auge. Jäcklein war jedoch, als er dies bemerkte, schnell verschwunden, an der Wand fort und an den Tisch, auf welchem die Papiere lagen die er mit einem Griff faßte und verborgen hatte. — „Sieht er vorbei!“ fragte er, indem er zurückkam.

„Er ist an deiner Tür“, antwortete Sipler. „Was soll das bedeuten?“

„Es hat schon mancher Edler dort drohend gestanden und hat mich doch nicht aufgefressen“, lachte der freche Kerl.

„Sei flug, Jäcklein“, flüsterte Sipler.

„Sei du selbst flug“, antwortete er spottend und öffnete die Tür, vor welcher laute Stimmen schallten.

Der Graf stand vor ihm und sah ihn neugierig forschend an, als er sich verbeugte. Darauf trat er herein, groß und fest von Gestalt, mit stolzem, leichtem Gang, den Kopf hoch, die Mienen vornehm und von seinem Schnitt, auf der Oberlippe einen spitzgedrehten braunen Bart, der sein kriegerisches Ansehen vermehrte. Er dankte weder dem ehr-



Gengler (Stuttgart), der neben den Vertretern unserer Karlsruher Bruderverbände — u. a. Staatsrat Heurich, Kartellvorstehender Fassbender, Kollege Max Rieger und Gewerkschaftssekretär Kappes — lebhaft begrüßt wurde, das Wort zu seinem Vortrag, der wegen seiner instruktiven und offenen Art lebhaften Anklang fand. Einmütig war die Versammlung der Auffassung, daß wir trotz der Größe der geforderten Opfer — und gerade deshalb — treu zum Verband in dieser Notzeit stehen müssen. Die Werbung neuer Mitglieder müsse nicht nur Sache der Vorstands- und Vertrauensleute, sondern aller Mitglieder sein. Die anschließende Vorstandswahl ergab fast restlos die Wiederwahl des alten Vorstandes unter Leitung des Kollegen Faust als 1. Vorsitzenden.

Nach der allgemeinen Aussprache nahm u. a. Staatsrat Kollege Heurich das Wort, um seine besondere Befriedigung über das harmonische Zusammenhalten der Metallarbeiter in Karlsruhe zum Ausdruck zu bringen und um als Führer der christlichen Gewerkschaften Badens die nächsten wichtigsten Aufgaben der christlichen Gewerkschaften herauszustellen. Die Rede fand starken Beifall.

Nach der Generalversammlung fand die Ehrung des 1. Vorsitzenden Kollegen Franz Faust statt, der unserem Verbands 25 Jahre als Mitglied angehört, davon 10 Jahre als Vorsitzender der Ortsgruppe Karlsruhe. Diese Ehrung gestaltete sich zu einem Akt der Dankbarkeit und Treue gegenüber dem Jubilare. Im Namen der Hauptverwaltung gratulierte Kollege Säupel in anerkennenden Worten dem Jubilar und überreichte Diplom- und Ehrennadel, während nach einem sinnigen Vorschlag die Tochter eines Mitgliedes ein herrliches Blumengebilde und der 1. Vorsitzende Kollege Otto Bieder ein anpreisendes Geschenk unter Dankworten für die geleistete Arbeit dem Jubilar als Anerkennung der Mitglieder der Ortsverwaltung übergaben. Nicht vergessen wurde die Gattin des Jubilars, der auch besonderer Dank gebührt. Durch eine stimmungsvolle Kapelle und schöne Gesangsvorträge wurde die Feier verschönt. In kurzen Ansprachen dankten dem Jubilar die Kollegen Staatsrat Heurich und Kartellvorstehender Fassbender für die geleistete Arbeit im DGB. und im Kartell. Manche Erinnerung wurde von den anwesenden Gästen und älteren Kollegen aufgefrischt aus den gemeinsam verlebten Kämpfen im Betrieb und in der Öffentlichkeit bis zu unserer Anerkennung. Auch die Jugendgruppe schloß sich durch den Mund ihres Jugendleiters Kollegen Klöpfer den Gratulanten an, ihm dankend für das bekundete Interesse an der Jugendarbeit. Allen herzlich dankend, versprach der Jubilar weitere gewissenhafte Arbeit zum Wohle des Verbandes. Klöpfer.

### Ronneburg marschert voran

Unter Leitung des 1. Vorsitzenden Alfred Mehlhorn fand am Sonnabend in der Gastwirtschaft „Zur Sonne“ die stark besuchte Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes statt.

Aus dem umfangreichen Jahresbericht ging ein reges gewerkschaftliches Leben hervor. Die Mitgliederzunahme betrug über 50%. Bei der Betriebsratswahl errang die christlich-nationale Liste 3 Sitze.

Hauptkassierer Hallbauer konnte einen recht erfreulichen Kassenericht erstatten. Fast 6000 M wurden mehr vereinnahmt als im Vorjahr. Für Rechtsschutz und sonstige jahungsgemäße Unterstützungen waren sehr beachtliche Ausgaben erforderlich.

An der Jahreswende gelang es erstmals, als gleichberechtigte Tarifkontrahenten in den Ronneburger Metallarbeiter-Lohnvertrag hineinzukommen.

Bezirksleiter, Kollege Krumdorf (Leipzig), gab anschließend ein Bild der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Lage. Endlich sei die jahrelange gewerkschaftliche Forderung auf Beseitigung der Tributlasten in greifbare Nähe gerückt. Mancher Ausblick sei für eine allmähliche Gesundung der Wirtschaft vorhanden. Den Gewerkschaften sei es gelungen, das Getrippe der Tarifgesetzgebung, des Arbeiterrechts und der Sozialversicherung zu erhalten; bei besseren wirtschaftlichen Voraussetzungen könne an einen Ausbau wieder gedacht werden.

In der Aussprache wurde lebhaft die Änderung der Beitragshöhe und der Unterstützungssätze gewünscht. Kollege Krumdorf wies treffend nach, daß die Schumpfung der Beitragseinnahmen die erhöhten Ausgaben für Rechtsschutz und Unterstützungen vorerst eine Beitragsenkung nicht gestatten. Die Kollegen müßten durch Druck auf die Presse des gesamten Lebensbedarfs die Scharte auszuweihen suchen. Auch in steuerlicher Beziehung könnten hier und da Einsparungen gemacht werden.

Frau Mehlhorn arbeitet fleißig an der Bildung einer Frauengruppe. Die Anfänge dafür sind schon vorhanden und müssen noch weiter ausgebaut werden.

Ein besonderes Zeichen des Vertrauens war die Tatsache, daß der Gesamtvorstand einstimmig wiedergewählt bzw. ergänzt werden konnte. K.

### Generalversammlung in Solingen

Am Sonntag, dem 7. Februar, fand in Eschlingen-Wald unsere gut besuchte Jahresversammlung statt. Einleitend wies Kollege Sebborn in seinem Jahresbericht auf die katastrophale Lage der Solinger Industrie hin. Bis Anfang 1931 konnten die in der guten Konjunktur vereinbarten Löhne gehalten werden. Ab 1. Februar 1931 erfolgte der erste Lohnabzug von 6% und ein weiterer am 1. Dezember um weitere 6%. Es wurde eine Vereinbarung mit dem Arbeitgeberverband getroffen, wonach weitere Senkungen der übertariflichen Stundenlöhne und Akkordlöhne bis zum Ablauf des Vertrages nicht stattfinden dürfen. Am 1. Januar 1932 trat durch Notverordnung eine weitere Senkung der Tariflöhne um 10% ein. Die Entscheidung wurde durch den Schlichter gefällt. Die Sicherung für übertarifliche Stundenlöhne und Akkordlöhne blieb bestehen. Die Kommunisten versuchten in einer Reihe von Betrieben wilde Streiks zu inszenieren. Diese Streiks brachen nach wenigen Tagen und Wochen zusammen. Ein Teil der Streikenden blieb auf der Straße. Ein Beweis dafür, daß die Gewerkschaften richtig handelten, indem sie alles daran setzten, die Tarife zu erhalten, um sie unter allen Umständen über die Krisenzeit hinwegzuretten. Die Heimarbeiter erhielten gleichfalls Abzüge, wenn auch nicht in dem starken Maße wie die Fabrikarbeiter. Im Jahre 1931 entwickelte der Verband in Solingen eine sehr rege Tätigkeit in der Rechtsauskunft. Fast 5000 Rechtsauskünfte wurden erteilt und 2350 Schriftsätze angefertigt. Außerdem wurden 472 Termine wahrgenommen. Diese Rechtsschutztätigkeit brachte den Verbandsmitgliedern große Vorteile.

Leider trat durch die Krise ein Mitgliederverlust ein. Trotzdem muß anerkannt werden, daß der allergrößte Teil der ausgesteuerten erwerbslosen Kollegen nach wie vor treu zum Verbands steht. 11 Verbandsmitglieder sind im Berichtsjahr gestorben. Die Einnahmen der Verwaltungsstelle gingen im Berichtsjahr zurück, während nach wie vor große Beträge an Erwerbslosenunterstützung an die Mitglieder gezahlt werden. G. H.

erbietigen Grüße des Hofbesizers, noch blickte er nach dem Tische hin, wo Wendel Sipler stand, dennoch sahen seine scharfen Augen alles, während sie mit überlegener Macht auf Jäcklein hasteten.

Es war aber in dem Gesicht des Grafen bei aller Vornehmheit doch etwas Fröhliches und Offenes, das ihm leicht die Herzen seiner Dienstleute und Diener gewann.

„Bist du Jakob Rohrbach?“ fragte er.

„Ja, gnädiger Herr“, antwortete Jäcklein.

„Du kennst mich also?“

„Wie sollt ich nicht Euer Gnaden kennen!“

„Nun, so höre an, Jakob, was ich dir mitteilen will. Man hat mir gesagt, daß du hier wohnst und dies dein Gut sei, also bin ich gekommen, um dich kennen zu lernen.“

„Dann muß ich für die hohe Ehre mich bedanken“, versetzte Jäcklein in demselben freien Ton, den der Graf gegen ihn anstimmte, und schaute dem jungen Herrn lech ins Gesicht.

„Vielleicht nützt dir die Ehre, und das wäre mir lieb“, fuhr Helfenstein fort, indem er ihn mit einem gewissen Anteil betrachtete. „Man hat mir erzählt, daß du aus alter Familie stammst.“

„Das hat seine Richtigkeit, Euer Gnaden. Meine Vorfahren haben schon eher hier geessen als Ritter und Grafen im Lande auf ihren Schlössern. Doch ich wollte“, fuhr er lachend fort, „ich hätte weniger Ahnen und mehr Bagen.“

„Das ist schlecht gedacht“, sprach der Graf und setzte sich an den Tisch, Sipler gegenüber. „Bist du von altem Geschlecht, so hast du um so mehr auch die Pflicht, dich in Ehren zu halten, der Geschlechts Ehre wegen. Aber man hat mir erzählt, daß dein Lebenswandel nicht danach sei, daß du voll Wildheit und Ungebühr dich benimmst, so daß dein eigener Vater nichts von dir wissen mag.“

„Wißt darauf, gnädiger Herr“, sagte Jäcklein, und sein Gesicht wurde rot, was ihm selten geschah, „daß ich doch so viel von meinem Geschlecht noch an mir trage, daß niemand mich in meinem Hause beleidigen darf, es sei auf seine Gefahr.“

„Unverschämter Bube!“ rief einer der Begleiter des Grafen, der dem Herrn nachgefolgt war. „Willst du nieder und Abbitte tun!“

„Laß ihn, Dietrich!“ fiel der Graf, sein Gesicht spöttisch verziehend, ein. „Er hat ein Recht zu seiner Antwort, sie soll ihm niemand abschneiden. Höre an, Jakob Rohrbach, ich will dich nicht beleidigen, vielmehr tut es mir leid, daß ein Zweig von solchem alten Stamm so weit abgefallen ist zur Niedrigkeit und so schlechte Früchte trägt.“

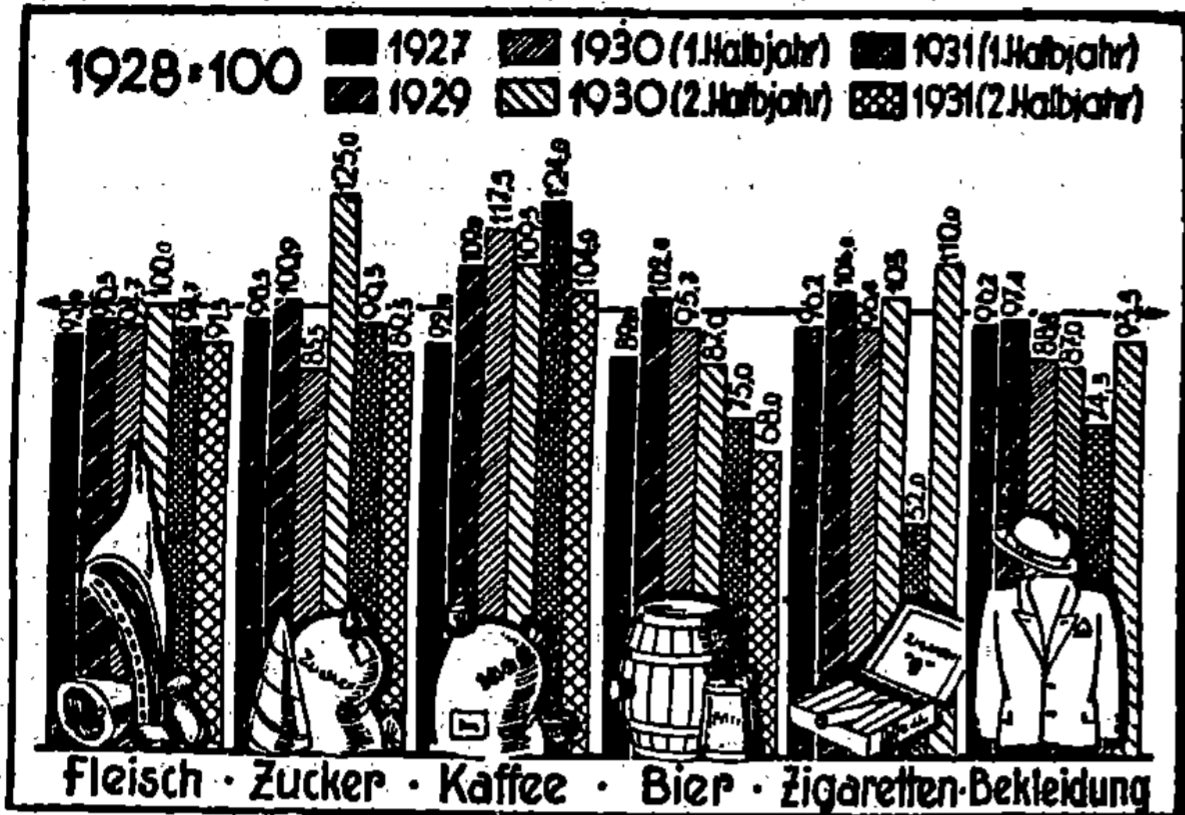
„Was wißt Ihr von meinen schlechten Früchten, gnädiger Herr?“ fragte Jakob. „Seht wohl zu, ob die Euren immer die besten werden.“

„Du bist fürwahr ein frecher Kerl!“ rief der Graf und schaute ihn verächtlich an. „Die haben wohl recht, die dich aller bösen Dinge fähig“



# Umschau

## Verbrauchsrückgang

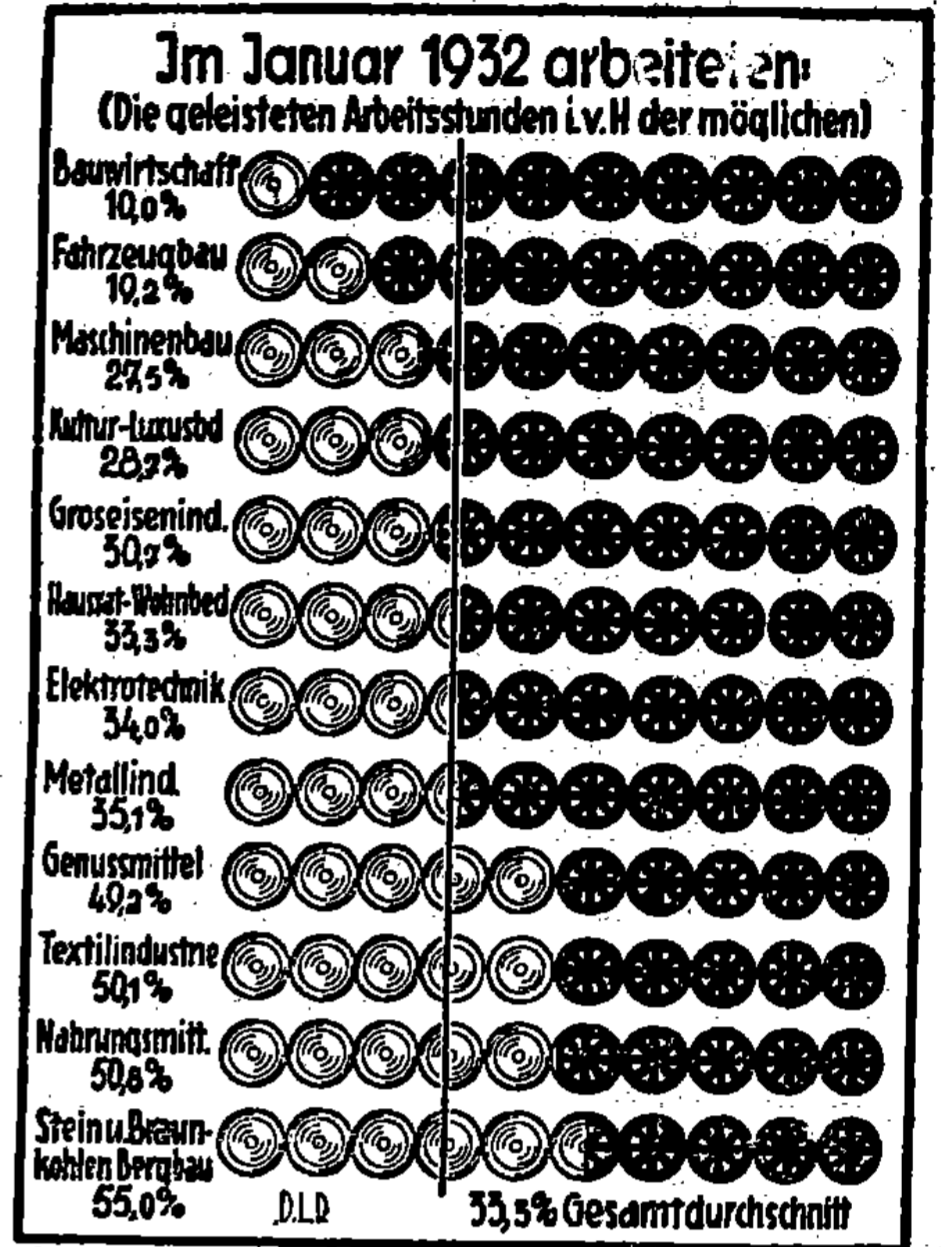


Über 6 Millionen deutsche Arbeiter haben keinen regelmäßigen Verdienst mehr. Ausländer, die durch Deutschland reisen und nur oberflächlich zu beobachten gelernt haben, erzählen nun gern, daß man in Deutschland von der Riesennot des Volkes noch sehr wenig an und für sich merke. Wenn jeder dritte Arbeiter auf der Straße stehe, so würde man davon doch in den Städten, wo die Arbeitslosigkeit am größten ist, am meisten merken müssen! Diesem kann man die auf dem Bilde dargestellten Zahlen entgegenhalten, die zeigen, wie der Verbrauch an Lebensbedürfnissen in Deutschland seit dem Jahre der guten Konjunktur 1928 zurückgegangen ist. Man sieht, daß nur noch vier Fünftel der Kleider gekauft werden können als 1928. Noch stärker ging der Verbrauch an Bier, Zigarren und Zigaretten und anderen Genussmitteln zurück. So konnte im Vorjahre nicht einmal mehr drei Viertel der Biermenge von 1928 verkauft werden. Noch bedeutend stärker ist der Rückgang des Verbrauchs an Trinkbranntwein. Der Verbrauch an Kaffee konnte in den letzten Jahren nur deshalb gesteigert werden, weil die Preise ganz erheblich zurückgegangen sind. Würde man statt der mengenmäßigen Berechnung die wertmäßige einsehen, so würde sich zeigen, daß das deutsche Volk heute nicht einmal mehr die Hälfte von dem an Kaffee ausgibt, wie 1928. Der Verbrauch an lebensnotwendigen Nahrungsmitteln ist natürlich nicht in dem gleichen Umfange zurückgegangen. Wie die Beispiele auf dem Bilde zeigen, beträgt auch hier der Rückgang 10-15 Prozent.

## Wintel Räder stehen still?

### Die Beschäftigung der deutschen Industrie.

Die deutsche Industrie arbeitet heute noch mit dem dritten Teile ihrer Arbeitsmöglichkeit. Diese nüchterne Feststellung enthält von der menschlichen Seite aus betrachtet ein unendliches Elend, ein Massenelend von einem Ausmaße, wie es das deutsche Volk noch nicht erleben mußte. Diese auf dem Bilde einzeln belegte Tatsache muß jedem in der Welt beweisen, daß Brünings Behauptung von der Verelendung des deutschen Volkes und von der Unmöglichkeit, in absehbarer Zeit Reparationen zu bezahlen, nicht zu widerlegen ist. Aus einem Deutschland, in dem von drei Fabriken nur eine noch arbeiten kann, sind unmöglich noch Tributleistungen herauszupressen. Ganz abgesehen davon, daß Deutschland in Folge der privaten Verschuldung große Verpflichtungen dem Ausland gegenüber hat. Der Tiefstand der deutschen Wirtschaft muß aber nunmehr erreicht sein. Dazu kann das deutsche Volk selbst beitragen, indem es im Innern endlich den unsachlichen politischen Kampf entgiftet. Das Ausland aber hat die Pflicht, durch klare Verträge mit dem 60-Millionen-Volk der Deutschen, das ein wichtiger Bestandteil der kulturellen Weltbevölkerung ist, dafür zu sorgen, daß wieder Vertrauen zu der deutschen Schaffenskraft in aller Welt einkehrt.



halten, welche im Lande umher und in Bädlingen gesehen sind, bei denen sogar mein alter Freund Jakob von Olnhäusen durch Mordhand sein Leben lassen mußte."

Jäckleins Augen flammten wie Feuer und blickten wild und stier, als geschähe ihm etwas Entsetzliches. Der Graf aber sah gleichgültig darauf hin, legte nur die Hand auf seinen Schwertgriff und fuhr fort: "Wenn du verwegest bist, so will ich dich warnen, sei es nicht auch da, wo ich die Obrigkeit habe. Mögen die Herren und Schultheißen von Heilbronn mit dir rechten, da du ihr Mann bist, laß dich aber nicht auf dem Gebiet von Württemberg blicken!"

"Man sagt mir manches nach, gnädiger Herr", antwortete Jäcklein, der sich zur Ruhe gezwungen hatte und mit den Achseln zuckte, "wovon ich nichts weiß."

"Ich kann's denken", fiel Helfenstein ein. "Wer bösen Leumund einmal hat, dem wird viel in den Schuh geschoben, was nicht sein eigen." — Er sah den Edelmann an, der neben ihm stand, und begann zu lachen. "Es geht uns manches Mal selbst nicht viel besser. Dietrich, man schilt uns um Dinge, die uns so fremd sind wie des Großtürken Macht. Ich meine es gut mit dir, Jakob Rohrbach, möchte dich nicht verfolgen und bin keines Bauern und keines Menschen Feind; nur muß kein Unrecht getan werden."

"Ich habe nichts Unrechtes getan" sagte Jäcklein.

"Dir mag es vielleicht so scheinen!" rief der Graf. "Aber man hat Nachrichten, daß die Bauern dich überall gut kennen und allerlei Blätter und Schriften ihnen zukommen, die voll Narrheit und Bosheit stecken über ihre Rechte und wie das Reich gebessert werden könnte. Schau, Jakob, das laß bleiben und bewahre dich davor. Willst du?"

"Ei, gnädiger Herr, Ihr könnt mir vertrauen" versetzte Jäcklein vergnügt, "ich will gerne luchen meinen Hals zu behalten."

"Dann komm zu mir nach Weinsberg, wenn du mich besuchen willst; es soll an einem guten Trunk nicht fehlen."

"Ich will's nicht vergessen, gnädiger Herr", sagte Jäcklein mit seiner gewöhnlichen Dreistigkeit, "inzwischen nehmt auch Ihr an, was ein Bauer zu bieten vermag."

"Wohlan, Jakob", lachte der Graf, "ich weiße dich nicht ab. Laß uns warten, Dietrich Westerstetten, bis die Gräfin uns einholt, sie kann nicht

lange mehr bleiben. Willst du uns so lange halten in deinem Haus, Jakob, bis meine Gemahlin uns hier antrifft?"

"Don Herzen gerne, gnädiger Herr."

"Nun so bringe uns was du hast!" rief der Graf, und in seiner soldatischen offenen Weise setzte er hinzu: "Wir vertragen uns zuleht noch besser als gute Freunde denn mit dem Räte von Heilbronn. Geh dich zu mir, Westerstetten, und du auch, Michel Rosenblüt; komm her und sieh nicht so lämmertlich aus."

"Kein!" schrie der Hausnarr und blieb stehen, "ich sehe mich nicht!"

"Warum nicht, Narr!"

"Ich will auch nicht trinken!" schrie Michel Rosenblüt.

"Was hast du für Grund dazu?"

"Ich möchte dir am liebsten meine Kappe aufsetzen und deinen Mantel nehmen, Gevatter Helfrich."

"Was wolltest du damit tun?"

"Ich wollte dich beim Ohr nehmen und zum Jäcklein Rohrbach sagen: Sieh hier, Lieber, da hast du den Narr, der dir so viel Schlimmes gesagt hat und nun mit dir trinken will."

"Und dann du Narr!"

"Dann würde ich reiten, so schnell ich fortkommen könnte, und würde immer wohl um mich schauen, damit es mir nicht ginge wie dem weisen Jakob von Olnhäusen. Ich wollte mich fürchten, soviel ich könnte, Gevatter Helfrich."

Der Graf lachte übermütig. Plötzlich wandte er den Kopf nach der Ecke hinüber, wo Wendel Sipler im Schatten saß, und blickte ihn musternd und durchdringend an. "Heda!" rief er, "du dort, komm hervor! Wer bist du?"

Wendel verneigte sich. "Ich bin ein Bürger aus Wehringen, gnädiger Herr", sagte er.

"Wie ist dein Name?"

"Klaus Salw, gnädiger Herr."

"Bist du ein Freund von Jakob Rohrbach?"

"Ich treibe einige Geschäfte mit ihm."

(Fortsetzung folgt.)




# Arbeitsrecht Sozialversicherung

Nummer 4

Duitsburg, den 26. März 1932

Nummer 4

## Sozialpolitik - deutsches Kulturgut

 In einer Zeit wie der gegenwärtigen können wir Sozialpolitik nicht weniger, sondern in gesteigertem Maße brauchen. Gewiß, auch die Sozialpolitik hat ihre natürlichen Grenzen. Alle sozialen Maßnahmen können nur dazu führen, Steine aus dem Wege zu schaffen, Kot zu lindern und Wege zu ihrer Beseitigung zu weisen. Auch die beste Sozialpolitik ist nicht imstande, eine Weltkrise zu beseitigen, sondern sie kann nur lindern. Aber es darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß der Weltkrieg in der Volkswirtschaft und der Weltwirtschaft große Umwälzungen hervorgerufen hat. Diese Veränderungen sind für das Volk und auch für die Wirtschaft von so tief einschneidender Wirkung, daß gerade in einer Zeit der schwersten Weltwirtschaftskrise die Sozialpolitik nicht entbehrt werden kann. Der Individualismus hat in Deutschland nur eine kleine Episode dargestellt. Die sozialpolitische Einstellung dagegen steckt dem deutschen Volke im Blut durch seine jahrhundertlange Tradition. Die Sozialpolitik ist ein Stück deutscher Kultur und muß darum auch als solche gewertet werden.

In einem ausgesprochenen Industrielande, wo Großbetrieb und reiner Geldlohn den Industriearbeiter in eine wechselvolle und unsichere Lage gedrängt haben, ist Sozialpolitik nicht mehr fortzudenken. Hier liegt die Wurzel der deutschen Sozialpolitik. Heute sind der Dienst und die Arbeit in abhängiger Stellung fast für die Hälfte des deutschen Volkes beinahe erblich geworden. Von Deutschlands Gesamtbevölkerung, die 1925 ohne das Saargebiet rund 62,5 Millionen betrug, sind mehr als die Hälfte, nämlich 32 Millionen Personen, hauptberuflich erwerbstätig. Während die Gesamtbevölkerung seit dem Jahre 1907 nur um 13,5 % zugenommen hat, hat sich seitdem die Zahl der Erwerbstätigen um 27,2 % vermehrt. In dieser Tatsache drücken sich deutlich die Folgen von Krieg und Inflation aus, die weite Kreise, namentlich Frauen, neu in das Erwerbsleben hineingezwungen haben.

Die Bedeutung der Sozialversicherung für diese mehr als 30 Millionen von Dienst und Arbeit Abhängigen erhellt überzeugend aus folgenden Feststellungen: Im Durchschnitt wird jeder zweite Arbeiter einmal im Jahre für 24 Tage krank und arbeitsunfähig. Am höchsten ist die Krankheitsgefahr im Bergbau und in der Schwerindustrie, am geringsten in der Landwirtschaft. Im Jahre 1927 wurden insgesamt 1,3 Millionen Arbeitsunfälle und 4300 Berufskrankheiten für die Entschädigung nach Unfallrecht angemeldet. Jährlich verlieren durch Unfälle etwa 6000 Frauen den Mann und 7000 Kinder den Vater. Die Invalidenversicherung versorgt 1 850 000 Invaliden, 740 000 Witwen und 780 000 Waisen; das ist dreimal soviel als vor dem Kriege. Die starke Steigerung ist eine Folge des Krieges, des früheren Eintritts

der Invalidität, zum Teil auch eine Folge der Rationalisierung der Betriebe und der Spannungen auf dem Arbeitsmarkte, der ältere Arbeiter nicht oder nur schwer unterbringen kann.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Störung der Weltmärkte durch den Krieg spiegeln sich wohl am deutlichsten, zugleich auch am schrecklichsten in den Zahlen der Arbeitslosen, wider. Die Arbeitslosigkeit, diese Geißel der Arbeiterschaft, ist eine internationale Erscheinung, unter der allerdings die deutschen Arbeitnehmer besonders schwer zu leiden haben.


Eine große Rolle in den Ausgabeposten der staatlichen Sozialpolitik spielt die Versorgung der Kriegsoffer und ihrer Hinterbliebenen. Hier kommen zur Zeit noch in Frage: 807 000 Kriegsbeschädigte, 361 000 Kriegserwitwen und über 700 000 Voll- und Halbwaisen von Kriegern. Für die Versorgung all dieser bauernswerten Opfer des Krieges hat das Reich alljährlich etwa 1½ Milliarden RM aufzuwenden.

Neben der Sozialversicherung und der Kriegsofferversorgung steht ergänzend die Fürsorge, d. h. die sogenannte Wohlfahrtspflege, der in der Nachkriegszeit der entehrende Charakter der Armenpflege genommen worden ist. Sie hat auch die durch die Inflation ihres Vermögens beraubten Kleinrentner zu betreuen. Hier handelt es sich um etwa 2,4 Millionen Parteien, darunter 400 000 Kleinrentner, 719 000 Rentenbezieher der Sozialversicherung und 111 000 Kriegsbeschädigte.

Sieht man die zahlenmäßige Bilanz aus den vorstehenden Darlegungen über die Bedeutung der deutschen Sozialpolitik, so ergibt sich, wieweit weite Kreise des Volkes von ihr betreut werden. Nur wenn man sich diese Tatsachen und zugleich die gar nicht abzuschätzenden Segnungen der Sozialpolitik und Sozialversicherung für Gesundheit und Arbeitskraft des deutschen Volkes vor Augen hält, kann man zu einer gerechten Würdigung der Sozialpolitik gelangen. Wer in einer Zeit wie der gegenwärtigen den Gedanken eines Abbaues der Sozialpolitik propagiert, sollte sich doch ernsthaft fragen, ob das angesichts des Niesenelends des Volkes zu verantworten ist. Gewiß kann auch die allgemeine Volksnot auf den Inhalt der Sozialpolitik nicht ganz ohne Einfluß sein. Man kann aber Millionen Opfer des Krieges und der Arbeit nicht einfach ihrem Schicksal überlassen. Für diese schuldlosen Opfer mitzuforgen und sie nach bester Möglichkeit zu betreuen, ist selbstverständliche Menschen- und vor allem Christenpflicht. Sozialpolitik und Sozialversicherung sollen diesem Zwecke dienen. Sie müssen darum unter allen Umständen auch über die jetzige Krise hinweggerettet werden. Wenn schon immer, so kann Deutschland heute ganz besonders stolz sein auf seine Sozialpolitik, denn sie war und ist noch stets ein ganz wertvolles Stück deutscher Kultur.

G. M.

## Einschränkung des Kündigungsschutzes?

 In den Zeiten einer wirtschaftlichen Krise ist der Kündigungsschutz des Arbeitnehmers von besonderer sozialer Bedeutung. Es ist deshalb erfreulich, daß das Gesetzgebungswerk der Notverordnungen hieran grundsätzlich nichts geändert hat. Dagegen muß man mit Bedauern feststellen, daß durch die neuere Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts eine nicht unwesentliche und unbegründete Beschränkung des gesetzlichen Kündigungsschutzes eingetreten ist.

Es handelt sich um die häufig vorkommenden Kündigungen, die vom Arbeitgeber nicht wecks Lösung des Arbeitsverhältnisses, sondern lediglich wecks Änderung der bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgesprochen werden. Daß auch solche Kündigungen unter die Kündigungsschutzbestimmungen fallen, hat das Reichsarbeitsgericht bisher in ständiger Rechtsprechung anerkannt. So heißt es in dem grundlegenden Urteil vom 19. Mai 1928 (RAS. 23/28), abgedruckt in Benschelmer Sammlung, Band 3, RAS., Seite 26:

Sür die rechtliche Bedeutung dieser Kündigung kann es aber nicht von Bedeutung sein, daß die Beklagte durch die Art ihres Ausspruches gleichzeitig ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gab, den Kläger unter veränderten Vertragsbedingungen weiter bei sich zu beschäftigen. Insbesondere kann es für die Anwendung des § 96 BRG. und der Bestimmungen des Kündigungsschutzgesetzes keinen Unterschied machen, ob eine Kündigung lediglich das Ziel der endgültigen Lösung des Arbeitsverhältnisses verfolgt oder ob sie zum Zwecke der Herbeiführung einer Änderung der Vertragsbedingungen ausgesprochen wird. Geht der Arbeitnehmer auf die ihm vorgeschlagene Vertragsänderung nicht ein, so hat die Kündigung die gleiche Bedeutung wie eine von vornherein mit der Absicht der endgültigen Lösung des Arbeitsverhältnisses ausgesprochene Kündigung. Es ist deshalb auch nicht einzusehen, weshalb für eine solche Kündigung nicht die Vorschriften des § 96 BRG. und des Kündigungsschutzgesetzes maßgebend sein sollten. Das dem § 96 BRG. zugrunde liegende Bedürfnis des Schutzes sowohl des einzelnen Betriebsratsmitgliedes hinsichtlich der Unabhängigkeit in der Wahrnehmung der ihm nach dem Gesetze obliegenden Aufgaben als auch der ganzen Betriebsvertretung hinsichtlich der Sicherung einer stetigen Fortführung der Geschäfte ist in beiden Fällen das gleiche, und ebenso bedarf der Angestellte, wenn er sich nicht mit der Änderung des Vertragsverhältnisses einverstanden erklären will, des ihm durch das Kündigungsschutzgesetz gewährten Kündigungsschutzes in gleicher Weise, wie wenn ihm eine lediglich eine endgültige Lösung des Arbeitsverhältnisses verfolgende Kündigung ausgesprochen worden wäre. Hierbei kommt es auch nicht, wie die Revision geltend gemacht hat, darauf an, ob die vom Arbeitgeber mit der Kündigung erstrebte Änderung der Vertragsbedingungen eine dem Arbeitnehmer zumutbare ist oder nicht. Denn es ist ohne Rücksicht auf die Frage der Zumutbarkeit ausschließlich Sache des freien Entschlusses des Arbeitnehmers bzw. Angestellten, ob er unter den neuen Vertragsbedingungen im Arbeitsverhältnis bleiben will."

Diese richtigen Grundsätze hat das Reichsarbeitsgericht nunmehr leider in einem Falle durchbrochen, der den Rahmentarifvertrag über die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie betrifft. Dieser Tarifvertrag steht nämlich vor, daß es zur Änderung der Akkordvereinbarung nicht der Kündigung des Arbeitsvertragsverhältnisses als solchem, sondern nur der innerhalb dieses Arbeitsverhältnisses bestehenden besonderen, lediglich den Akkord betreffenden Vereinbarung bedürfte. Von dieser Möglichkeit machte ein Arbeitgeber durch Anschlag an der Bekanntmachungstafel Gebrauch. Hierzu hat das Reichsarbeitsgericht durch Urteil vom 17. Oktober 1931 (RAG. 94/31), abgedruckt in Benschelmer Sammlung, Band 13, RAG., Seite 305, folgendes entschieden:

„Satte aber der Anschlag diese Bedeutung, so war bezüglich der beabsichtigten Akkordänderung auch für die Kläger eine Zustimmung

der Betriebsvertretung nach § 96 BRG. nicht erforderlich. Abwegig ist der Hinweis der Revision darauf, daß nach der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts ein Unterschied zwischen einer Kündigung zum Zwecke der Beendigung des Arbeitsverhältnisses und einer lediglich einer Änderung des Inhalts des Arbeitsvertrages bezweckenden Kündigung nicht bestehe. Die Rechtsprechung trifft die Fälle nicht, in denen eine Veränderung des Inhalts des Arbeitsvertrages vorgehen und geregelt ist."

Es ist allerdings zuzugeben, daß der vorliegende Fall insofern eine Besonderheit aufweist, als hier auf Grund des Tarifvertrages zum Zwecke der Akkordänderung ein Teilelement des Arbeitsvertrages gekündigt werden konnte, während sonst der Arbeitsvertrag nur im ganzen gekündigt werden kann. Dieser Unterschied ist aber nicht so groß, daß er eine Abschwächung des allgemeinen Kündigungsschutzes zu bewirken vermöchte. Was für das Ganze gilt, muß auch für die Teile des Ganzen zutreffen, und wenn die Kündigung des ganzen Arbeitsvertrages unter Kündigungsschutz gestellt ist, so ist nicht einzusehen, warum nicht auch die einzelnen Teile in gleicher Weise geschützt sein sollen.

Würde man sich die Auslegung des Reichsarbeitsgerichtes zu eigen machen, so würde man eine Entwicklung fördern, deren Endergebnis es sein wird, daß das Schwert des Kündigungsschutzes abstumpft. Man darf sich auch nicht durch die Erwägung irreführen lassen, es handele sich ja nicht um eine Kündigung, die Entlassung nach sich ziehe. Denn diese Erwägung geht am Kernpunkt vorbei. Der Kündigungsschutz will bekanntlich nicht eine bloß theoretische Betriebszugehörigkeit sichern, sondern will das Arbeitsvertragsverhältnis so sichern, wie es tatsächlich besteht, also mit seinem ganzen Inhalt. Der Kündigungsschutz würde sehr viel von seinem Sinn verlieren, wenn er den Arbeitnehmer nicht auch dagegen schützte, daß ihm während der Vertragsdauer unangemessene Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgezwungen werden. Was nützt es dem Arbeitnehmer, wenn er zwar den Arbeitsplatz behalten darf, sich aber trotz bestehenden Vertrages mit wesentlich verschlechterten Lohn- und Arbeitsbedingungen abfinden muß und wenn die Verschlechterung so stark ist, daß sie geradezu die Existenzgrundlage des Arbeitnehmers erschüttert? Von einer bloßen Arbeitsstelle kann der Arbeitnehmer weder sich noch seine Familie ernähren. Er hat deshalb auch an der Sicherung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen, die erst zusammen mit der Arbeitsstelle den Inhalt des Arbeitsverhältnisses ausmachen, ein erhebliches Interesse, und dem muß es entsprechen, daß dem Arbeitnehmer auch gegen Kündigung eines Teiles eines Arbeitsvertrages der allgemeine Kündigungsschutz gewährt wird. —er—

## Wirtschaftskrise und Gesundheit der Kinder

**I**n Zeiten wirtschaftlicher Not wird seitens der Obrigkeit versucht, die Stimmung im Volke zu heben. Das braucht kein Nachteil zu sein, denn Niedergeschlagenheit und Pessimismus machen eine Situation nicht besser, sondern schlechter. So konnte man in den letzten Jahren immer wieder hören, daß der Gesundheitszustand des Volkes sehr gut sei, daß zu Besorgnissen kein Anlaß vorliegt. Daß die Gesundheit des Volkes gegenüber früheren Jahrzehnten im allgemeinen besser ist, daran wird kein vernünftiger Mensch zweifeln, die guten, segensreichen Wirkungen der deutschen Sozialversicherung kommen darin deutlich zum Ausdruck und es wäre gut, wenn diese Tatsache mehr in den Vordergrund gestellt und mehr öffentlich diskutiert würde. Die Gegner der Sozialversicherung leugnen nämlich diese günstigen Wirkungen, weil sie einen Wert der Sozialversicherung überhaupt leugnen.

Nun war es aber trotz allem kein Geheimnis mehr, daß durch die nun Jahre dauernde Krise eine allgemeine Verarmung und damit auch eine schlechtere Ernährung und in der weiteren Folge ein Rückgang der Gesundheit weiter Bevölkerungskreise Platz gegriffen hat. Das ist durchaus nicht verwunderlich, so bedauerlich es ist. Die Zahl der Arbeitsuchenden betrug im Monatsdurchschnitt des Jahres 1928 schon 1,5 Millionen, 1929 aber schon 1,99 Millionen; 1930 schnellte der Monatsdurchschnitt auf 3,1 Millionen und 1931 gar auf 4,65 Millionen. Zuletzt betrug die Zahl über 6 Millionen. Der Durchschnitts-Monatsunterstützungsbetrag beträgt aber nur 53 M., wovon noch 4,24 M. für Aufrechterhaltung der Anwartschaften in der Sozialversicherung und für die Krankenversicherung der Arbeitslosen abgeht, so daß die bare Unterstützung im Durchschnitt 48,76 M. pro Monat beträgt. Auf 30 Tage umgelegt, ist das ein Tageseinkommen von 1,63 M. Davon soll eine Familie Miete zahlen, sich ernähren und kleiden. Müßte das für die Dauer von einem oder zwei Monaten gehen, nun, dann könnte man sagen:

immer braucht man nicht Kleider, und wenn die Miete ein- oder zweimal zurückbleibt, dann kann das eine ordentliche Familie wieder nachholen. Aber so ist es ja leider nicht, die Arbeitslosigkeit dauert länger, ein halbes, ein, zwei, ja mehr Jahre, und da ist es ganz selbstverständlich, daß die Familien herunterkommen, daß Unterernährung und damit Verschlechterung der Gesundheit eintritt.

Neben der gewaltigen Armee der Arbeitslosen steht das Heer der Kurzarbeiter, ebenfalls Millionen Menschen mit verteuertem schlechtem Einkommen, dazu kommt das Heer der Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigten usw., alle neben der materiellen Armut und Not das Herz voller Sorgen um die weitere Zukunft. Ist es nicht beträchtlich ein Jammer, wenn trotz dieser geringen Bezüge, trotz dieser Not, immer wieder gutgenährte, in sicherer Lebensstellung befindliche Menschen, die niemals Not am eigenen Leibe gespürt haben, Vorschläge und Anträge auf weitere Verschlechterungen herausbringen, um so die armen Teufel noch mehr zu pressen, anstatt bei sich und ihrem Anhang anzufangen. „Reform der Arbeitslosenversicherung“, „Reform der Sozialversicherung“, so hallt es jahraus, jahrein in den Zeitungen und Zeitschriften der Unternehmer und ihrer Trabanten. Reform sagt man und Verschlechterung meint man. Auf der einen Seite will man durch weiteren Abbau der Leistungen noch Millionen sparen, und auf der anderen Seite gehen dadurch durch Verschlechterung der Volksgesundheit Milliardenwerte verloren. Aber Menschen sind heute anscheinend nicht mehr die wertvollsten Schätze des Staates und der Nation, es sind ja genug „Ueberzählige“ da, und so scheint man sich wegen des Raubbaues an der menschlichen Gesundheit keine großen Sorgen zu machen. Um so mehr müssen wir das tun, müssen sich die organisierten Arbeiter ins Zeug legen, denn unsere und unserer Kinder Gesundheit ist's, die auf dem Spiele steht. Grund dazu ist genügend vorhanden.



Das preußische Wohlfahrtsministerium hat dem Landtag auf dessen Ersuchen eine Denkschrift über den Gesundheitszustand der Kinder in den preußischen Volksschulen vorgelegt. Es handelt sich in der Hauptsache um statistisches Material aus dem Jahre 1930 und um Berichte der Regierungspräsidenten vom Beginn dieses Jahres. Danach wurden im Jahre 1930 insgesamt 947 831 Schulkinder auf ihren Ernährungszustand untersucht. 369 107 Kinder, das sind 38,97 v. S., zeigten einen sehr guten, 462 203 Kinder, gleich 48,85 v. S., zeigten einen befriedigenden, und 116 521 Kinder, gleich 12,29 v. S., zeigten einen schlechten Ernährungszustand. 1929 waren 38,1 v. S. der Schulkinder sehr gut, 45,5 v. S. befriedigend und 12,4 v. S. schlecht genährt. Der Unterschied zwischen 1929 und 1930 ist demnach sehr gering, wenn auch nicht verkannt werden darf, daß 12,4 resp. 12,29 v. S. schlecht genährter Kinder schon recht bedrückend ist. Das Bedenklichste ist aber, daß von den Berichterstatern aller Regierungsbezirke hervorgehoben wird, daß seit Herbst 1931 eine erhebliche Verschlechterung des Ernährungszustandes beobachtet wird.

Die Regierungspräsidenten von Breslau, Schleswig, Stade und Düsseldorf berichten eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Schulkinder in allen Kreisen ihrer Regierungsbezirke. Das selbe trifft zu von 36 Kreisen in 12 weiteren Regierungsbezirken, zusammen in 122 Kreisen von insgesamt 520; demnach werden in 22,5 v. S. aller Kreise Unterernährung, Entwicklungskrankheiten, Blutarmut, Skrofuloze, Verlausung, Verwurmung, Schmutzkrankheiten (Borkenflechte), Gebißschäden und Nervosität als Krankheiten genannt. Deren Zunahme besonders ausgefallen ist. Auch eine Zunahme der Tuberkulose wurde seit 1931 bei Schulkindern wahrgenommen. Das ist außerordentlich bedenklich, und es wäre sehr bedauerlich, wenn diese Volksseuche wieder weiter um sich greifen würde. Dieser Gefahr muß besondere Beachtung geschenkt werden, zumal die Tuberkulosefürsorge infolge der Wirtschaftsnote auch eingeschränkt ist und Heilstättenbehandlung weniger in Frage kommt als in früheren Jahren.

In der Denkschrift wird darauf hingewiesen, daß die hohen Mietpreise der gesundheitlich besseren Neubauwohnungen viele Familien zwingen, diese Wohnungen zu verlassen und die hygienisch schlechteren Kleinwohnungen in Althäusern aufzusuchen. Diese Erscheinung ist leider allgemein festzustellen. Neubauwohnungen, luftig und hell, stehen frei und die alten Wohnlöcher sind überfüllt. Darunter leiden die Kinder am meisten, sittlich und gesundheitlich. Dem leidigen Kapitel Neubauwohnungen mußte seitens der Regierungen mehr Bedeutung beigemessen werden. Ein Ausweg muß gefunden werden, damit die freistehenden Wohnungen baldmöglichst wieder bezogen werden können.

Den Berichten ist weiter zu entnehmen, daß auch die Bekleidung und Wäsche der Kinder in letzter Zeit recht mangelhaft geworden ist. Wegen Mangels an Schuhen konnten Schulkinder aus den Bezirken Gumbinnen, Oppeln, Liegnitz und Kassel öfters die Schule nicht besuchen. Zweifellos trifft dies in anderen Bezirken auch zu. Auch der Mangel an Betten und Bett-

wäsche ist sehr groß. 40 v. S. der Volksschüler haben kein eigenes Bett. Sie müssen mit Geschwistern zu zweit und dritt zusammen schlafen.

Sehr vorteilhaft ist, daß die Familienversicherung in der Krankenversicherung obligatorisch eingeführt ist. Dadurch sind auch die Kinder mitversichert. Aber der Abbau der Leistungen, Krankenschein- und Rezeptgebühr machen sich gerade bei diesen armen Verhältnissen ungünstig bemerkbar, und so fehlt oft die notwendige ärztliche, arzneiliche und Krankenhausbehandlung. Sehr bedauerlich ist, daß nach den vorliegenden Berichten der Regierungspräsidenten bereits 63 Schulärzte entlassen wurden und daß die schulärztliche Fürsorge in 33 Kreisen eingestellt und in 54 weiteren Kreisen eingeschränkt werden mußte. Die Röntgenuntersuchungen tuberkuloseverdächtiger Schulkinder können nur noch in beschränktem Umfang durchgeführt werden. Sechs Schulzahnkassen sind geschlossen und 19 Schulärzte entlassen worden, zwei Kinderkrankenhäuser wurden geschlossen, desgleichen 39 Kindererholungsheime. Schulbäder wurden in 27 Kreisen geschlossen und in 36 Kreisen durch Verminderung der Badetage eingeschränkt.

Die Dauernote schafft somit ganz unerfreuliche Verhältnisse, und es ist gut, daß auch behördlicherseits unter Vorlage von Beweismaterial darauf hingewiesen wird. Viel Rot könnte gelindert und viele gesundheitlichen Mißstände beseitigt werden, wenn allseits der gute Wille vorhanden wäre. Welche Kreise der Bevölkerung leben noch, als wäre nichts geschehen. Man schaut an der großen Not und dem Elend hartnäckig vorbei. Man will die blassen, schlechtgenährten und schlechtgekleideten Menschen nicht sehen. Da haben wir als organisierte Arbeiter die Pflicht, das öffentliche Gewissen zu schärfen, soweit wir dazu Gelegenheit haben. Wir haben mit aller Kraft den Kampf um die Erhaltung der Sozialversicherung und sonstiger sozialer Einrichtungen weiterzuführen. Und wir wollen insbesondere den Kampf führen für die Gesunderhaltung unserer Schulkinder. Wir wollen uns — im Sinne der Denkschrift des preußischen Wohlfahrtsministeriums — wehren gegen jeden übertriebenen und zu weitgehenden Abbau durch übertriebene Sparmaßnahmen auf dem Gebiete der Schulkinderfürsorge. Wir dienen damit nicht nur unsern Kindern, sondern dem ganzen Volke.

G. U.

## Buchbesprechung

Das kleine Aussprachewörterbuch. 2. verbesserte und erweiterte Auflage Mit einem Anhang: Beispiele für die Kommasetzung. Von Paul Grunow, Oberkorrektor in der Reichsdruckerei, Berlin-Johannisthal, Johannes-Werner-Strasse 5. Postcheckkonto: Berlin 007 71. Preis 1.20 RM. Porto 15 Rpf.

Ein kleines Buch, das für jeden, der Anspruch auf gute Allgemeinbildung macht, sehr wichtig ist. Es enthält auf 64 Seiten in geschickter Auswahl über 3000 solcher Wörter, die häufig falsch ausgesprochen oder falsch betont werden.

## Ostern in Jerusalem

Unerbört blutige Kämpfe haben sich im Laufe der Geschichte um den Besitz Jerusalems, der Tempelstadt Davids und Salomons, der Leidensstätte Christi und des Ortes der Himmelfahrt Mohammeds abgespielt. Immer wieder ist sie verloren und erobert und wieder verloren und wieder erobert worden. Hebräer kämpften um sie mit den Kanaanitern, Kreuzfahrer mit Mohammedanern. Zweimal wurde Jerusalem dem Erdboden völlig gleichgemacht. Das Wort der Schrift, daß kein Stein auf dem andern bleiben solle, hat sich furchtbar erfüllt. Aber nie wurde in und um Jerusalem irdischer Güter wegen Blut vergossen. Immer hat es sich im Kampf um das „Besitztum des Friedens“, um höchstes und heiligstes Seelengut gehandelt. El Kuds — die Heilige — nennen auch die Araber die Stadt.

Unvergeßlich ist der Blick auf Jerusalem vom Ölberg herab. Als wäre sie plötzlich stumm in die Erinnerung ihrer bewegten Vergangenheit gesunken, so liegt breitgelagert die Stadt Davids da. Der von Toren durchbrochene Mauergürtel umgibt das von engen Gassen durchschnittene Stadttinnere, durch die sich Hunderttausende von Menschen drängen: Pilger, Glaubensstreiter, Einheimische und Touristen. Die Kuppeln zahlreicher Kirchen und Kapellen schwingen sich aus dem Gewirr der Dächer hervor. Deutlich erkennbar ist die Rotunde der Grabeskirche. Vertraute heimatische Formen zeigt die deutsche evangelische Erlöserkirche mit ihrem weißen Turm. Golden leuchten im Lichte der Sonne die Zwiebeltürme der russischen Kathedrale. Im Vordergrund liegt der Tempelplatz, beherrscht von der blauen Kuppel des Felsendoms. Die ganze Stadt umschließt förmlich dieses mohammedanische Heiligtum, den bedeutendsten Bau Jerusalems.

Täler und Schluchten umgeben den Ölberg. Von der in der Nähe des Jaffatores gelegenen Zitadelle blickt man in das die Stadt von Westen nach Süden umziehende Sionmtal hinab, in dem die abtrünnigen Fürsten und Priester Israels dem Baal furchtbare Kinderopfer brachten

und in dem die Klage-lieder Jeremias ertönten. Im Osten wird die Stadt von dem tiefen Tal Josaphat scharf begrenzt. Diese Schlucht mit dem meist ausgetrockneten Bett des Kidronbaches bezeichnet die jüdische Ueberlieferung als die Stätte des jüngsten Gerichts. Sie bildet ein schauerliches Totenfeld, auf dem Generationen nach Generationen ihre Verstorbenen begraben haben.

Der Blick flüchtet von der unheimlichen Stätte hinweg zu den weißen Mauern des heiligen Gartens Gethsemane, der von den Minderen Brüdern des Franziskaner-Ordens betreut wird. Uralte Öl bäume, greifenhaft geborsten und gebrochen, beschatten die durch die Todesfurcht des Heilandes geweihte Stätte mit ihren bunten Blumenbeeten. Auf der Höhe des Ölbergs liegt die kleine Himmelfahrtskapelle. Der schmucklose Raum ist im Besitz der Mohammedaner. Man steigt einen kleinen Turm



Jerusalem

Blick vom Ölberg



## Aus der Praxis der Spruchkammeritzungen eines Oberversicherungsamtes



Vor ein paar Tagen drängte es mich, wieder einmal Zuhörer einer Sitzung des zuständigen Oberversicherungsamtes zu spielen. Vor allen Dingen fällt einem dabei die große Anzahl der Streitgegenstände auf. Die Abwicklung ist natürlich Sache des Vorsitzenden und der Beisitzer. Was ist mir in dieser Sitzung aufgefallen? Vor allen Dingen beobachtete ich, daß von ein und derselben Gewerkschaftsrichtung Lage und Schreibe sich drei Funktionäre von auswärts befanden. Einer hatte hin und juristisch mindestens ein Jahrgeld von 12 RM ausgegeben. Besteht denn wirklich nicht die Möglichkeit, daß, um Kosten und Zeit zu sparen, innerhalb der Gesamtbewegung eine Verständigung erzielt wird, daß die Vertretungen vor den Oberversicherungsämtern usw. bestimmten Kollegen übertragen werden können? Vor allen Dingen müssen wir darüber nicht im unklaren sein, daß durch die vielseitige Praxis bessere Kenntnisse und Kniffe erworben werden. Es ist bei Vertretungen nicht gut, wenn man denkt. Sin zu der Spruchkammersitzung, dann einmal kräftig vom Leder gezogen, dann klappt die Sachel. Das ist ganz falsch. Jeder Prozeßvertreter zum Oberversicherungsamt hat das Recht und auch die Pflicht, bei Beginn der Sitzung gegen Vorzeigung der Vollmacht die Akten auszubitten. Diese muß er nicht nur genau lesen, sondern auch zu lesen verstehen. Er wird dann sofort entdecken, wie der wirkliche Stand seines Prozesses aussieht, bzw. er findet Lücken oder auch günstige Anhaltspunkte, um seine Vertretung vorteilhaft führen zu können. In vielen ärztlichen Gutachten befinden sich Widersprüche. Diese Widersprüche müssen dahin geformt werden, Obergutachten zu beantragen. Natürlich muß der Prozeßvertreter Kenntnis besitzen, wer für die verschiedenen Krankheiten als gewandter Gutachter in Frage kommen kann.

Ein Beisitzer fiel mir ganz besonders auf. Er hatte Takt und Humor, um selbst schwierige Fälle zu retten. In einem faulen Falle kam er sogar noch einmal aus dem Beratungszimmer und sagte, er höre etwas schwer, ob er vielleicht richtig verstanden hätte, man wolle den Einspruch zurückziehen. Allgemeines Gelächter im Saal. Der Prozeßvertreter aber hatte eine lange Leistung; aber eins hatte er mit dem Torero aus „Carmen“ gemein: mit Stolz und Siegesbewußtsein lehnte er die Zurückziehung seines Einspruches ab. Bums, im Handumdrehen kamen die Leute wieder: Einspruch wird abgelehnt. — Aus der Praxis wollen wir lernen. Sätze der gute Mann den Einspruch zurückgezogen, so könnte der Versicherte innerhalb eines Jahres bei Verschlechterung seines Zustandes erneut den Antrag auf Rente stellen.

Kun eine andere recht unangenehme Sachel. Die Versicherten reichen sehr häufig durch ihre Prozeßvertreter ärztliche Gutachten

von ihren Hausärzten oder behandelnden Ärzten ein; aber mit den meisten dieser Gutachten können die Versicherten überhaupt nichts erreichen. Sie sind so mangelhaft ausgestellt, enthalten vom Krankheitsverlauf und gegenwärtigen Gesundheitszustand kaum etwas. Sie sind nur allgemein gehalten, allgemeine Redensarten, von Gründlichkeit keinerlei Spur. Was nützt einem Menschen ein ärztliches Gutachten, welches folgenden Inhalt hat: „Bescheinige, daß Herr X. in meiner Behandlung ist und halte ihn für erwerbsbeschränkt.“

Solche Gutachten soll man absolut nicht einreichen. Dieselben müssen hieb- und stichfest sein, wenn nicht, dann lieber verzichten und das Geld sparen. Deshalb, Prozeßvertreter, wenn sich in den Akten kein Gutachten des behandelnden Arztes befindet, sondern lediglich von den bekannten Vertrauensärzten, dann drängt darauf, daß der behandelnde Arzt sich äußern muß. Hier ist der § 1482 der Reichsversicherungsordnung unter allen Umständen mehr als bisher zu beachten:

„Soll auf Grund eines ärztlichen Gutachtens die Entschädigung abgelehnt oder nur eine Teilrente gewährt werden, so soll vorher der behandelnde Arzt gehört werden, wenn er nicht schon ein ausreichendes Gutachten erstattet hat. Er muß auf Verlangen des Verletzten gehört werden.“

Steht der behandelnde Arzt zu dem Versicherungsträger in einem nicht nur vorübergehenden Vertragsverhältnis, so ist auf Antrag ein anderer Arzt zu hören.“

Weiter sind die §§ 1617, 1681 und 1686 besonders zu beachten.

Es ist nun einmal so: aus der Praxis für die Praxis muß gelernt werden können. Betrachte deshalb die offenerzigen Winke dieses Schlachtenbummlers nicht als Vorwürfe, sondern als ernste Mahnung für vorteilhafte und geschickte Prozeßvertretung.

B. M. H.

## Bekanntmachung

Sonntag, den 27. März 1932, ist der 14. Wochenbeitrag fällig.

## Inhaltsverzeichnis

### Der Deutsche Metallarbeiter:

#### Hauptteil:

Deutsche Ostern — Sündenburgen Sieg (Wr.), S. 193. Warum Reichsreform! (Bonomi), S. 196. Unser Verband, Versailles und Tribute (...), S. 197. Bezirkskonferenz des südwestdeutschen Bezirks in Stuttgart (Karl Sengler, Stuttgart), S. 198. Miesenkung für ehemalige Werkwohnungen (K.), S. 199. Zu Goebblers Reformplänen der Arbeitslosenversicherung (S. Meystre), S. 200. Die Wirtschaftsentwicklung im zweiten Halbjahr 1931 (Pelster), S. 200.

#### Verbandsgebiet:

Wieder mal Einheitsgewerkschaft (W.), S. 201. Unsere Schramberger Kollegenschaft (Thomas Zug): Wir helfen den Arbeitslosen [Samborn] (per.); Karlsruhe vorwärts (Klöpper), S. 202. Ronneburg marschiert voran (K.); Generalversammlung in Solingen (G. S.), S. 203.

#### Umschau:

Verbrauchsrückgang: Wieviel Räder stehen still, S. 204.

#### Unterhaltung:

Florian Geyer (Theodor Mägge), S. 202. Ostern in Jerusalem (O. M.), S. 207.

### Arbeitsrecht — Sozialversicherung:

Sozialpolitik — deutsches Kulturgut (O. M.), S. 205. Einschränkung des Kündigungsschutzes? (-er-), S. 205. Wirtschaftskrise und Gesundheit der Kinder (G. U.), S. 206. Aus den Spruchkammersitzungen eines Oberversicherungsamtes (B. M. S.), S. 208. Buchbesprechung, S. 207.

#### Bekanntmachung:

Seite 208.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapeltor 17. — Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, e. G. m. b. H., Duisburg.

hinauf und überblickt die Landschaft um Jerusalem. In der Nähe der Stadt liegen neuere städtische Siedlungen und christliche Klöster inmitten blühender Gärten. Aber dann hört plötzlich jede Vegetation auf. Die Wüste Juda sinkt im Osten in gelblich leuchtenden Steinwellen zum Jordantal und damit zu einer der tiefsten Einsenkungen der Erdoberfläche herab. Bleigrau verbämbert, stumpf und fern das tote Meer. Hinter ihm erheben sich rotglühend im Ton der Farbe die gradlinigen Konturen des Ostjordanlandes, des biblischen Moab. Eine ausgebrannte, dürre Ebene — hüllisches Sinnbild — umstehen diese Moabiterberge. Nur einmal noch gewahrt man einen grünen Flecken, den Garten Jericho.



Bethlehem

Rahels Grab